

K Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1975

Das Jahr 1975 im Überblick

Der an dieser Stelle seit Jahren übliche datenorientierte Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen und Tendenzen des abgelaufenen Jahres wird zu den herausragenden Ereignissen des Jahres 1975 den nicht unbeträchtlichen Rückgang der Einwohnerzahl des Landes zählen müssen, der durch die Abwanderung von Gastarbeitern ausgelöst wurde. Im Bildungssektor zeigte sich ein verstärktes Interesse am Besuch von Realschulen, während die Gymnasien unter dem Eindruck der Diskussion über den künftigen Akademikerbedarf und der Knappheit an Studienplätzen an Attraktivität verloren. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes zeigten zahlreiche Maßnahmen der Landesregierung, daß der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen trotz der verschlechterten Haushaltslage nach wie vor hohe Priorität eingeräumt wird.

Überschattet wurde das Jahr 1975 durch die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze, erfuhr doch die Wirtschaft des Landes die schärfste Rezession seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges, so daß die Arbeitslosigkeit einen seit vielen Jahren nicht mehr gekannten Höchststand erreichte und die Zahl der Firmenzusammenbrüche sprunghaft stieg. Die konjunkturelle Talfahrt, von der die einzelnen Teilbereiche der Wirtschaft in unterschiedlichem Ausmaß betroffen waren, führte insgesamt zu einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes und damit der gesamtwirtschaftlichen Leistung um rund vier Prozent. Eine ungewöhnlich schwierige Situation ergab sich dadurch auch beim Vollzug der öffentlichen Haushalte: Die Steuereingänge des Landes und der Gemeinde blieben weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück, so daß trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen Finanzierungslücken blieben, die durch Aufstockung der Kreditaufnahmen geschlossen werden mußten. Unter den sich im politischen Raum abspielenden Geschehnissen waren wohl die Gemeinderatswahlen vom 20. April 1975 sowie die Neueinteilung der Landtagswahlkreise auf der Grundlage der Gemeinde- und Kreisreform die wichtigsten Ereignisse. Verstärkt ins Blickfeld der Landespolitik rückten die Situation der Großstädte (Abwanderung der deutschen Bevölkerung bei gleichzeitigem Anstieg des Ausländeranteils) und die Probleme und Gefahren, die mit der Errichtung von Kernkraftwerken verbunden sind. Immer wieder im Mittelpunkt stand auch die wirtschaftliche Lage, die im Rezessionsjahr 1975 zahlreiche Aktivitäten des Landtags und der Landesregierung auslöste und zumindest das Bild des Arbeitsmarktes bis weit in das Jahr 1976 hinein bestimmen dürfte.

Weniger Einwohner, weiterer Geburtenrückgang

Das seit Ende des Zweiten Weltkrieges anhaltende Bevölkerungswachstum war schon 1974 zum Stillstand gekommen. Im Jahr 1975 ging hingegen die Einwohnerzahl sogar beträchtlich zurück, nach vorläufigen Schätzungen wird am Jahresende die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs 9,164 Mill. betragen, das bedeutet eine Abnahme binnen Jahresfrist um rund 62 000 Personen (-0,7%). Maßgeblich für diesen Bevölkerungsrückgang war die Tatsache, daß der geringe Geburtenüberschuß von schätzungsweise 3000 Personen bei weitem nicht ausreichte, den durch die Abwanderung von Ausländern entstandenen Bevölkerungsverlust auszugleichen.

Der 1975 noch zu verzeichnende geringe Geburtenüberschuß ist allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzuschreiben. Bei der deutschen Bevölkerung lag auch 1975 die Zahl der

Neugeborenen unter der der Sterbefälle, woraus sich ein Defizit von etwa 17 000 Personen ergeben dürfte.

Was die deutsche Bevölkerung betrifft, so ließ der Geburtenrückgang, der etwa Mitte der sechziger Jahre eingesetzt und zu einer stetigen Verminderung der Zahl der Lebendgeborenen von über 153 000 im Jahr 1964 auf 80 100 im Jahr 1973 geführt hatte, 1974 (77 700 Lebendgeborene) erheblich nach. Diese Aussage, daß sich der Geburtenrückgang deutlich abgeschwächt habe, läßt sich für das Jahr 1975 nicht aufrechterhalten: Nach vorläufigen Schätzungen dürfte die Geburtenzahl für die deutsche Bevölkerung nochmals rund 3% unter dem Vorjahresstand zurückbleiben. Berücksichtigt man zudem, daß 1975 aufgrund der Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes¹ rund 2000 Neugeborene nicht wie bisher eine ausländische, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und damit als Deutsche in die Geburtenstatistik eingehen, so dürfte die Zahl der Lebendgeborenen sogar 5,0% niedriger als im Vorjahr liegen.

Für die Geburtenentwicklung der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer) ergibt sich ein ähnliches Bild. Durch Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimatländer verminderte sich bei ihnen auch die Zahl der Geburten, so daß der Geburtenjahrgang 1975 beträchtlich schwächer sein wird als die letzten Jahrgänge. Damit und im Zusammenhang mit dem verminderten Anteil an Ausländergeburten ergeben sich für die weitere Entwicklung im Bereich der für Kindergärten und Vorschulen in Betracht kommenden Altersstufe und für die Einschulungsjahrgänge 1981 und 1982 wichtige schon jetzt absehbare Anhaltspunkte.

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1972	1973	1974	1975 ¹⁾
Geburten	112 845	102 875	102 206	98 000
Sterbefälle	92 740	92 918	93 127	95 000
Geburtenüberschuß ..	20 105	9 957	9 079	3 000
Wanderungssaldo ..	78 933	75 267	-22 215	-65 000
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	99 038	85 224	-13 136	-62 000
Bevölkerungsbestand am Jahresende ...	9 154 152	9 239 376	9 226 240	9 164 000¹⁾

¹⁾ Vorläufige Zahlen, teilweise geschätzt.

Abwanderung von Ausländern

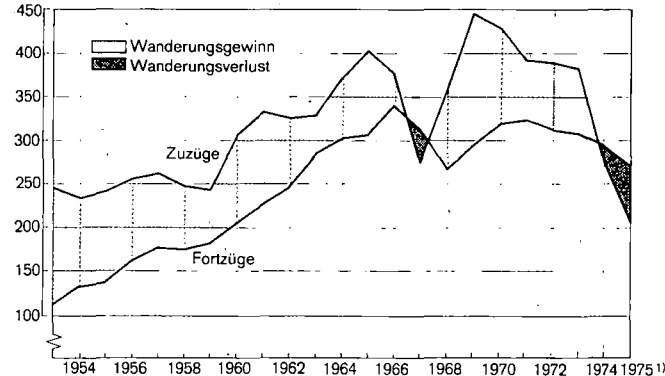
Die Zahl der Ausländer, die seit Jahren fast stetig gestiegen war, ging ab November 1973 als Folge der konjunkturellen Abschwächung und des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte zurück. Bereits 1974 war ein negativer Wanderungssaldo von rund 34 900 Personen durch die Auswirkungen der Rezession zu verzeichnen, der sich 1975 erheblich erhöhte, so daß mit einem Wanderungsverlust von rund 70 000 Ausländern gerechnet werden kann. Damit ergibt sich Ende des Jahres ein Ausländerbe-

¹⁾ Aufgrund der zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erwerben ab 1975 die neugeborenen ehe-lichen Kinder einer deutschen Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Schaubild 1

Zuzüge und Fortzüge in Baden-Württemberg ab 1953

in Tausend



stand von 845 000, was einem Bevölkerungsanteil von 9,2% entspricht.

Wie bereits im Vorjahr festzustellen war, ist die eingetretene Verminderung des Ausländerbestandes nicht auf einen verstärkten Fortzug der in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer zurückzuführen. Im ersten Halbjahr wanderten weniger (-13,5%) Ausländer als im Vorjahreszeitraum aus Baden-Württemberg fort. Maßgebliche Ursache für die Verringerung der Ausländerzahl war vielmehr der stark nachlassende Zustrom. Die Wanderungsbewegung des ausländischen Bevölkerungsteils (Zu- und Fortzüge) hatte im Vorjahr im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung noch einen Zuwachs von rund 12 000 nichterwerbstätigen Personen (Kinder und nichtberufstätige Frauen) und eine hohe Abnahme der erwerbstätigen Ausländer um fast 47 000 Personen gebracht. Im Jahr 1975 erfuhr diese Relation insoweit eine grundlegende Änderung, als nunmehr die Verminderung des Ausländerbestandes nicht allein auf Abwanderung des erwerbstätigen Bevölkerungsteils zurückzuführen war: Per Saldo wanderten im ersten Halbjahr rund 23 300 Erwerbstätige und 7000 nichtberufstätige Familienangehörige aus unserem Land ab.

Auch in regionaler Sicht sind die durch Zu- und Abwanderung ausgelösten Bevölkerungsentwicklungen von Bedeutung. Einen hohen Wanderungsgewinn hatte im ersten Halbjahr der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Wanderungsgewinne verzeichneten außerdem die Stadtkreise Baden-Baden, Heidelberg und Pforzheim sowie die Landkreise Freudenstadt, Alb-Donau-Kreis und Emmendingen. Sämtliche anderen Kreise wiesen Wanderungsverluste auf. Teils sind es Kreise, die schon in den letzten Jahren Abwanderungen oder nur schwache Zuwanderungen verzeichnet hatten, teils sind es Kreise mit starken Ausländerquoten, bei denen sich die Abwanderung der Ausländer relativ stark auswirkte. Am höchsten waren die Wanderungsverluste, an der jeweiligen Einwohnerzahl gemessen, in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau, Stuttgart, Heilbronn und Mannheim sowie im Landkreis Heidenheim.

Allerdings hat sich das Bild der regionalen Verteilung der Ausländer durch die Abwanderung noch nicht entscheidend geändert. Nach wie vor verzeichnen die hochindustrialisierten Kreise des Mittleren Neckarraums sowie die Industriezentren Mannheim, Pforzheim und Heilbronn die höchste Ausländerkonzentration, während die strukturschwachen Gebiete im Nordosten des Landes sowie die noch stärker landwirtschaftlich geprägten südbadischen Räume und Teile Oberschwabens eine verhältnismäßig niedrige Ausländerdichte aufweisen.

Auf dem Bevölkerungssektor haben sich 1975 Entwicklungen abgezeichnet, die auch für die nächste Zeit bestimmend zu sein scheinen. Die deutsche Bevölkerung dürfte in den kommenden Jahren weiterhin leicht abnehmen, während die Veränderung der Gesamtbevölkerung in starkem Maße von der Zu- bzw. Abwanderung von Ausländern abhängt. Obwohl die wirtschaftliche Lage für die Wanderungsbewegung der Aus-

länder von entscheidender Bedeutung ist, kann davon ausgegangen werden, daß es selbst im Falle einer konjunkturellen Wiederbelebung kaum zu einer schnellen Tendenzwende kommen wird. Daher dürfte es 1976 mit großer Wahrscheinlichkeit nochmals eine leichte Abnahme der Bevölkerung geben.

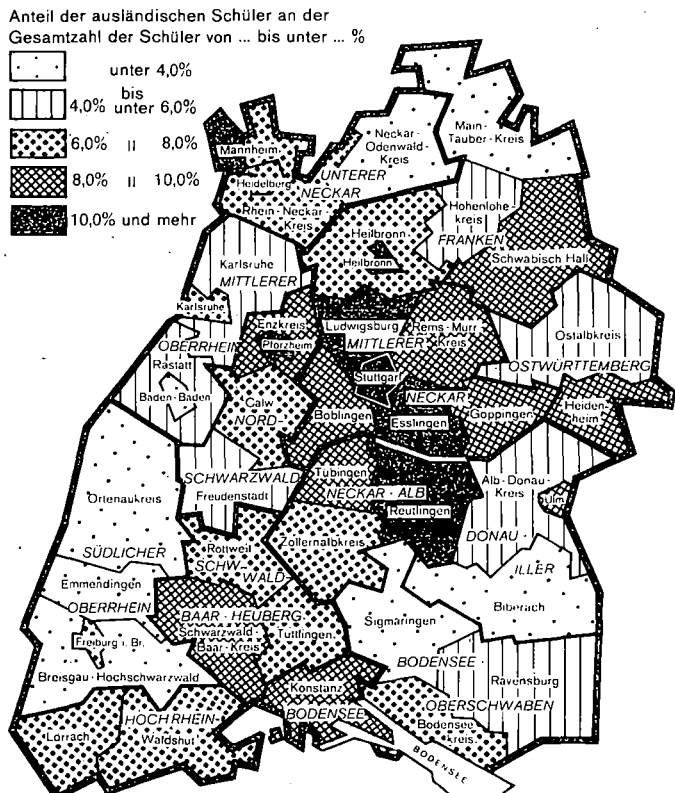
Stärkere Hinwendung zu Realschulen

Nach vorläufigen Berechnungen werden im Schuljahr 1975/76 an den Grundschulen des Landes rund 587 000 Kinder unterrichtet. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich damit die Schülerzahl als Folge des seit Jahren anhaltenden Geburtenrückgangs nochmals um 3,8%, gleichzeitig ging die durchschnittliche Klassenstärke von 31,4 auf 30,2 Schüler je Klasse zurück. Aufgrund der zahlenmäßigen Besetzung der zur Einschulung anstehenden Jahrgänge kann im Grundschulbereich auch für die kommenden Jahre mit dem Anhalten dieser Tendenz (Rückgang der Schülerzahl und der durchschnittlichen Klassenstärke) gerechnet werden. Die Hauptschulen wurden im Schuljahr 1975/76 von rund 349 000 Kindern besucht. Wie bereits im Vorjahr hat hier die Schülerzahl – maßgeblich bedingt durch den Zuwachs an ausländischen Schülern – wieder zugenommen (+ 6,0%). Die durchschnittliche Klassenstärke ging weiter leicht von 31,1 auf 30,7 Schüler je Klasse zurück.

Nach den letzten verfügbaren Daten, die sich auf das Schuljahr 1974/75 beziehen, saßen in den Schulbänken der Grund- und Hauptschulen über 68 000 Schüler ausländischer Herkunft, was einem Anteil von 7,2% entspricht. Diese Quote dürfte sich in den nächsten Jahren aufgrund der vergleichsweise höheren Fruchtbarkeit des ausländischen Bevölkerungsteils, auf den knapp ein Viertel aller Geburten entfällt, noch beträchtlich erhöhen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde richtete die Landesregierung zu Beginn des Schuljahres 1975/76 versuchsweise nationale Klassen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer ein. Ziel der Unterrichtung in nationalen Klassen ist es,

Schaubild 2

Ausländische Schüler an Grund- und Hauptschulen 1974/75



40075

Tabelle 2
Übergangsquoten nach sozialen Schichten

Soziale Gruppe der Eltern	Realschulen			Gymnasien		
	1975/76	1974/75	1972/73	1975/76	1974/75	1972/73
Akademiker	10,7	9,0	7,0	80,0	80,3	85,3
Angestellte und Beamte . .	29,5	27,4	27,1	38,6	40,4	43,9
Arbeiter	23,9	23,7	24,5	11,9	12,7	14,6
Landwirte	26,2	24,6	27,2	10,3	11,1	13,1
Insgesamt	25,3	24,2	24,7	27,8	28,2	29,9

die Kinder soweit wie nötig in das deutsche Schulsystem einzugliedern, sie aber soweit wie möglich ihrer heimatlichen Sprache, Kultur und Zivilisation verbunden zu erhalten.

Die mit einem wachsenden Anteil ausländischer Schüler verbundenen Integrationsprobleme werden sich voraussichtlich besonders in den hochverdichteten Räumen des Mittleren Neckars und Rhein-Neckars mit ihrem bereits heute sehr hohen Anteil ausländischer Schüler verschärfen. So waren beispielsweise schon 1974/75 an den Grund- und Hauptschulen der Kreise Stuttgart, Ludwigsburg, Esslingen, Reutlingen, Pforzheim, Heilbronn und Mannheim mehr als 10% der Schüler ausländischer Nationalität.

Nach wie vor großes Interesse besteht für den Besuch der weiterführenden Realschulen und Gymnasien. Die Zahl der Realschüler erhöhte sich im Schuljahr 1975/76 um 7,4% auf rund 204 000, die der Gymnasiasten um 5,0% auf 274 000, wobei die durchschnittliche Klassenfrequenz mit 31,5 (Realschulen) bzw. 29,4 (Gymnasien) Schüler je Klasse bei beiden Schularten nahezu unverändert blieb.

Beim Übergang von den Grund- und Hauptschulen auf weiterführende allgemeinbildende Schulen – einer der wichtigsten Nahtstellen des Bildungssystems – zeigt sich seit etwa drei Jahren ein deutlicher Wandel. Bis zum Schuljahr 1972/73 nahm sowohl die Zahl der Übergänger auf Realschulen als auch die der Übergänger auf Gymnasien laufend zu. Auch die Übergangsquoten stiegen kontinuierlich an. Nach 1972/73 setzte sich bei vielen Eltern der sozial schwächeren Gruppen, vermutlich als Folge der in der Öffentlichkeit entstandenen Diskussion um den zu erwartenden Akademikerüberhang und um die immer stärkeren Beschränkungen unterliegenden Studienplätze, mehr und mehr die Meinung durch, daß ihre Kinder nicht unter allen Umständen eine höhere Schulbildung haben müßten. Dagegen blieb die Einstellung von Eltern, die vom Sozialstatus her Angestellte, Beamte oder Akademiker waren und die ihren Kindern auch dann eine höhere Schulbildung zukommen lassen wollten, wenn deren schulische Leistungen dies eigentlich nicht rechtfertigen würden, im wesentlichen erhalten.

Dadurch waren die Übergangsquoten bis zum Schuljahr 1974/75 zunächst auf dem erreichten hohen Niveau eingefroren, ehe sich, vermutlich im Zusammenhang mit der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Rezession, das Übergangsverhalten erneut wandelte: Die Quoten für den Übergang auf weiterführende Schulen weisen für Realschulen auf eine weiterhin steigende Attraktivität hin, denn sie erhöhte sich auf 25,3%, während demgegenüber die Quote für den Übergang auf Gymnasien auf 27,8% zurückging.

Die divergierende Quotenentwicklung ist aus dem unterschiedlichen Übergangsverhalten in den einzelnen Sozialgruppen zu erklären. So weist zwar die Quote des Übergangs auf Gymnasien bei allen sozialen Schichten eine rückläufige Entwicklung auf, bei den sozial Schwächeren jedoch stärker als bei den höher Privilegierten. Das bedeutet, daß vor allem Arbeiter und Landwirte ihre Kinder wieder relativ stärker als Akademiker, Angestellte und Beamte statt auf Gymnasien auf Realschulen übergehen lassen. Andererseits haben sich aber Arbeiter und Landwirte auch eher entschlossen, ihre Kinder auf Hauptschulen zu belassen und ihnen keine Realschulbildung zukommen zu lassen. Damit zeigt sich auch beim Übergangsverhalten auf

weiterführende Schulen das bekannte Phänomen, das sozial schwächere Gruppen von den sich ändernden Verhältnissen stärker betroffen werden und anders reagieren.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung zeigte sich im Zusammenhang mit dem Rückgang der Ausbildungsplätze und der verminderten Zahl ausländischer Schüler, daß die Schülerzahl an den Berufsschulen im Schuljahr 1975/76 relativ stark (– 6,0%) auf rund 226 000 zurückging. Hingegen hielt sich das bei den Arbeitsämtern gemeldete Angebot an Ausbildungsstellen größenordnungsmäßig die Waage mit der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Von Oktober 1974 bis September 1975 waren rund 48 800 Berufsausbildungsstellen zu besetzen, denen 58 900 Bewerber gegenüberstanden. Bis Ende September 1975 konnte rund 3000 Bewerbern noch keine Lehrstelle vermittelt werden, ebenso blieben rund 3000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Wenn somit die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor ernste Sorgen bereitet, so weniger aufgrund des Lehrstellenmangels, als vielmehr aufgrund der Tatsache, daß ein beachtlicher Teil der Hauptschüler (1974/75: 11%) keinen Schulabschluß aufzuweisen hatte und dadurch bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz auf Schwierigkeiten stieß.

Die Zahl der Abiturienten erhöhte sich 1975 nur geringfügig (+ 0,1%) auf rund 21 000, so daß die Abiturientenquote leicht auf 15,7% der entsprechenden Geburtsjahrgänge anstieg. Allerdings ist die Neigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen, nochmals geringer geworden. Von den Schulabgängern der 12. und 13. Klassenstufe des Jahrgangs 1975 hatten nur 75% (Vorjahr: 77%) die feste Absicht zu studieren. Von der Gruppe der Studienwilligen wollten zudem lediglich 58% ein Hochschulstudium aufnehmen (Vorjahr: 66%), ebenso ging der Anteil der Studierwilligen, die ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule anstrebten, von 17% auf 13% zurück.

Schwächerer Zugang zu den Universitäten

An den neun Universitäten des Landes waren im Sommersemester 1975 rund 79 700 ordentliche Studierende eingeschrieben, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 3,3% bedeutet. Damit blieb der Zustrom deutlich hinter den vorigen Jahren zurück. Neben der leicht nachlassenden Studienwilligkeit dürfte hierzu allerdings auch die zunehmende Reglementierung der Studienplatzvergabe beigetragen haben, bestehen doch für die wichtigsten und frequentiertesten Fächer Zulassungsbeschränkungen.

Über den „Import“ von Studenten aus anderen Bundesländern und dem sich daraus zu errechnenden Saldo gegenüber den Baden-Württembergern, die zum Studium in andere Bundesländer abwandern, hat das Statistische Landesamt für das Wintersemester 1974/75 neue Berechnungen angestellt. Durch sie wurde ein Studenten-Import-Saldo von 12 400 er-

Tabelle 3
Studierende an Universitäten

Universität	Studierende					
	Sommersemester		Deutsche Studierende	darunter aus Baden-Württemberg	Ausländer	Weibliche Studierende
	1974	1975				
Freiburg	15 296	15 814	14 734	9 650	1 080	5 542
Heidelberg . .	16 460	17 043	14 953	8 860	2 090	6 590
Hohenheim . . .	2 004	2 022	1 806	1 307	216	754
Karlsruhe	10 031	10 340	9 329	5 090	1 011	1 077
Konstanz	1 747	2 176	2 003	1 384	173	673
Mannheim	6 094	5 984	5 640	3 417	344	1 474
Stuttgart	9 545	9 264	8 218	6 890	1 046	1 484
Tübingen	15 111	15 977	15 154	12 863	823	5 349
Ulm	918	1 122	1 071	729	51	220
Insgesamt . . .	77 206	79 742	72 908	50 190	6 834	23 163
						+ 3,3

rechnet, so daß demnach 12 400 Studenten aus anderen Bundesländern mehr in Baden-Württemberg studieren, als aus Baden-Württemberg an die Hochschulen anderer Bundesländer gehen. Unter Berücksichtigung der vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ermittelten durchschnittlichen Kosten je Studenten wendet das Land somit per Saldo jährlich rund 150 Mill. DM für Studenten aus anderen Bundesländern auf.

Die Studiendauer hat sich in einer Reihe von Fachstudiengängen seit etwa zehn Jahren nicht unerheblich verkürzt, dennoch weilen die Studenten in der Regel immer länger an den Hochschulen. Dieser scheinbare Gegensatz resultiert einerseits aus der eingeschränkten Studienwahlmöglichkeit, die dazu führt, daß Studenten häufig ein sogenanntes „Parkstudium“ so lange durchführen, bis sie in das Fach ihrer eigentlichen Wahl überwechseln können, andererseits aber auch daher, daß bei enorm gestiegenem Studentenbestand zwangsläufig auch die Zahl derjenigen größer werden mußte, die den Anforderungen eines zunächst ausgewählten Studiums nicht gewachsen und deshalb in ein anderes Fach übergewechselt sind.

Wie stark sich die Verweildauer an den Universitäten erhöht hat, geht daraus hervor, daß in Baden-Württemberg im Wintersemester 1970/71 nur 7,1% aller deutschen Studenten im 13. oder einem höheren Hochschulsesemester standen. Im Wintersemester 1974/75 wurden aber bereits 12,8% aller deutschen Studenten mit 13 und mehr Hochschulsesemestern gezählt, so daß bei einer Zunahme der Zahl der deutschen Studenten um 37% sich die Zahl der Langzeitstudenten sogar um 148% erhöht hat. Im Vergleich dazu hat sich das eigentliche Fachstudium in erster Linie als Folge der Verkürzung der Regelstudienzeiten nicht ausgedehnt. Im Prüfungsjahr 1973/74 dauerte ein Studium bis zur ersten Staats- bzw. bis zur Diplomprüfung durchschnittlich 10,9 Semester gegenüber 10,8 Semestern im Prüfungsjahr 1969/70.

Kindergartenentwicklungsplan zurückgestellt

Aufgrund der schwierigen Haushaltslage sah sich die Landesregierung gezwungen, die Verabschiedung des Kindergartenentwicklungsplanes auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben. Der nach über einjährigen Vorarbeiten fertiggestellte Entwicklungs- und Ausbauplan für Kindergärten sah für die nächsten vier Jahre finanzielle Aufwendungen in Höhe von mehr als 102 Mill. DM zum großzügigen Ausbau des gesamten Kindergartenwesens vor.

Maßgeblich für die zeitliche Verschiebung waren einerseits die weiterhin rückläufigen Geburtenzahlen, die sich in der Zukunft mit dem Hineinwachsen der schwach besetzten Jahrgänge in das Kindergartenalter in einer verbesserten Versorgung mit Kindergartenplätzen niederschlagen werden. Zum anderen ist in Baden-Württemberg bereits heute eine vergleichsweise hohe Bedarfsdeckung erreicht. Während im Bundesdurchschnitt Anfang 1975 lediglich 48% der drei- bis sechsjährigen Kinder einen Kindergartenplatz hatten, betrug der Versorgungsgrad in Baden-Württemberg rund 86%.

Verbesserte Versorgung mit Ärzten

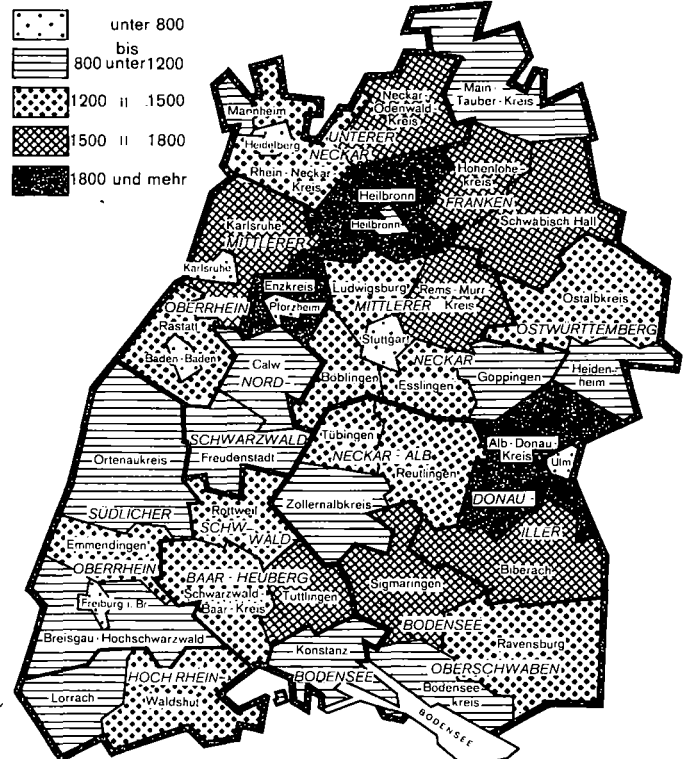
Bei den Gesundheitsämtern des Landes waren zu Beginn des abgelaufenen Jahres rund 17 300 berufstätige Ärzte gemeldet. damit hat sich die Zahl der Ärzte im Verlauf der letzten zehn Jahre um rund zwei Fünftel erhöht, während die Bevölkerungszahl nur knapp 12% zunahm. Die daraus resultierende Verbesserung der Ärztedichte kommt darin zum Ausdruck, daß vor zehn Jahren noch 654 Einwohner auf einen berufstätigen Arzt entfielen gegenüber 534 Personen zu Beginn des Jahres 1975.

Während sich in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der in der Verwaltung und Forschung tätigen Ärzte kaum veränderte, stieg die Quote der hauptamtlichen Krankenhausärzte von 33% auf 43%. Demgegenüber verminderte sich der Anteil der Ärzte, die ihren Beruf in freier Praxis ausüben, von

Schaubild 3

Freipraktizierende Ärzte¹⁾ in den Stadt- und Landkreisen

Auf ... Einwohner kommt ein Arzt in freier Praxis



1) Praktische Ärzte und Fachärzte einschließlich Assistenten.
401 75

57% auf 48%, so daß die Versorgung der Bevölkerung mit freipraktizierenden Ärzten nur etwas günstiger wurde: Hatte vor zehn Jahren ein Arzt in freier Praxis durchschnittlich 1138 Personen zu betreuen, so waren es 1975 immerhin 1124. Wie unterschiedlich die Bevölkerung der einzelnen Landesteile auch heute noch mit freipraktizierenden Ärzten versorgt ist, geht aus *Schaubild 3* hervor. Danach entfallen beispielsweise im Enzkreis durchschnittlich 2835, im Stadtkreis Heidelberg hingegen nur 383 Personen auf einen Arzt in freier Praxis.

Sprunghafter Anstieg der Sozialhilfeausgaben

Ein auffallender Aufwärtstrend ist bei den Leistungen der Sozialhilfe zu verzeichnen, die den Empfängern den Lebensunterhalt sichern sollen. Nach den neuesten verfügbaren Daten, die sich auf das Jahr 1974 beziehen, beliefen sich die Sozialhilfeausgaben auf rund 739 Mill. DM, das entspricht einer Zunahme um 27,5% binnen Jahresfrist. Dieser sprunghafte Anstieg dürfte in erster Linie darin begründet sein, daß der empfangsberechtigte Personenkreis infolge der wirtschaftlichen Entwicklung eine überaus starke Ausweitung (+15,3%) erfuhr. Mit über 190 000 Personen erhalten nunmehr bereits 2,1% der Bevölkerung des Landes irgendeine Form von Sozialhilfeunterstützung.

Schärfste Rezession der Nachkriegszeit

Auch in Baden-Württemberg stand zu Beginn des Jahres die wirtschaftliche Ausgangslage ganz im Zeichen der rezessiven Tendenzen, die sich etwa seit Mitte 1974 auf breiter Front ausgebreitet hatten. Die Stimmung in Kreisen der Wirtschaft war in den Frühjahrsmonaten sehr gedreht, da trotz der konjunkturfördernden Maßnahmen der Bundesregierung² noch

² Das von der Bundesregierung am 12. Dezember 1974 beschlossene Konjunkturprogramm sah befristet auf sieben Monate die Förderung privater Investitionen durch eine Investitionszulage von 7,5% vor. Daneben wurde die Konjunktur durch zusätzliche Investitionen des Bundes gestützt und Zuschüsse für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen gezahlt.

Schaubild 4
Konjunkturindikatoren

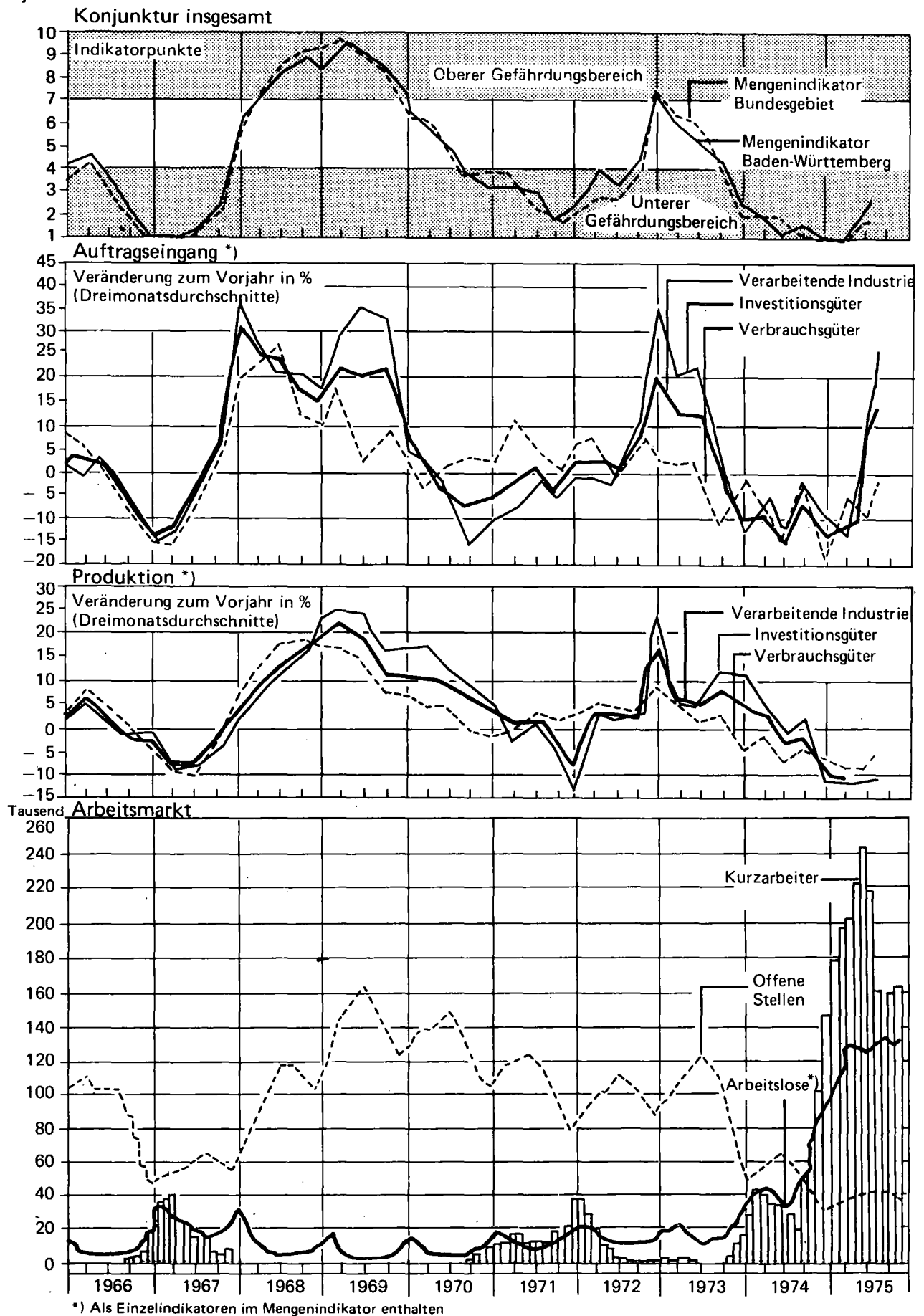
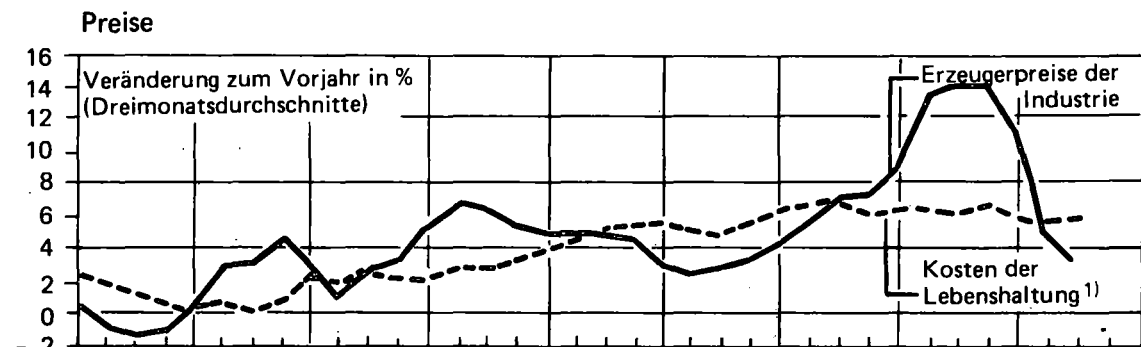
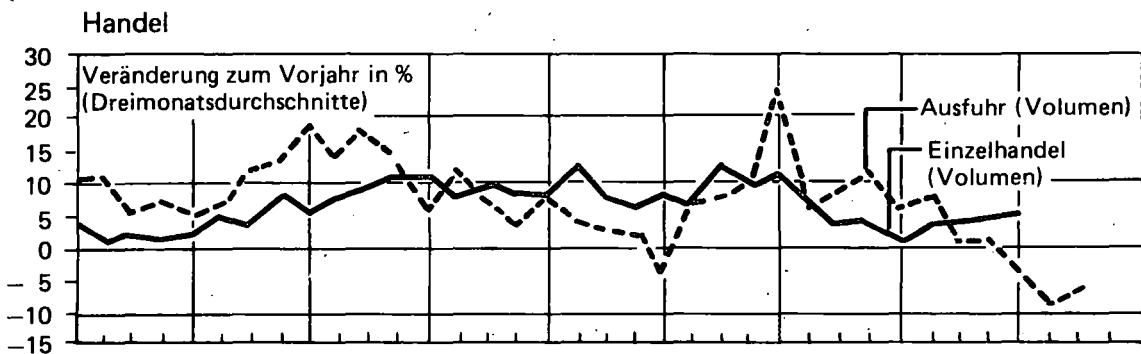
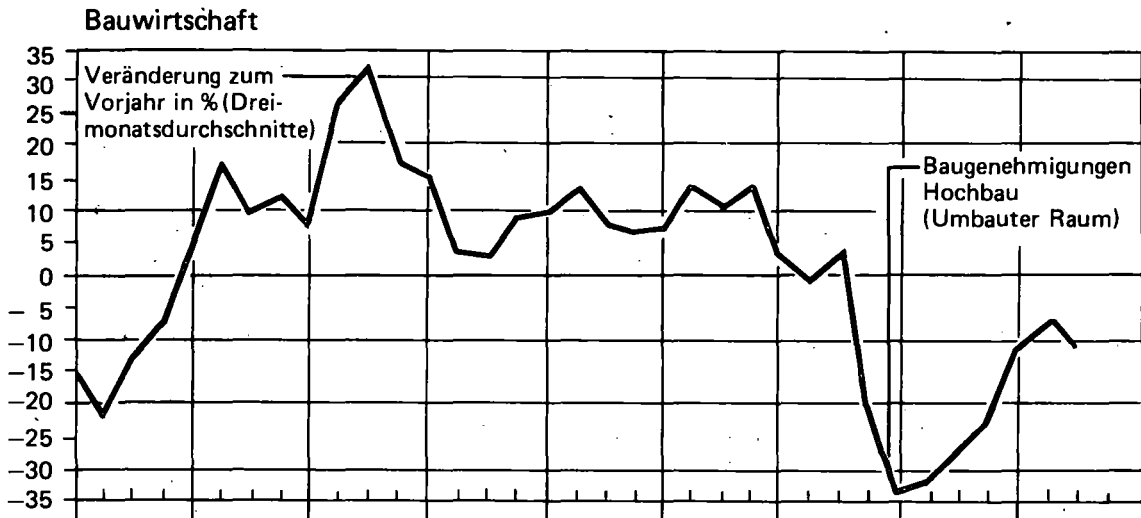
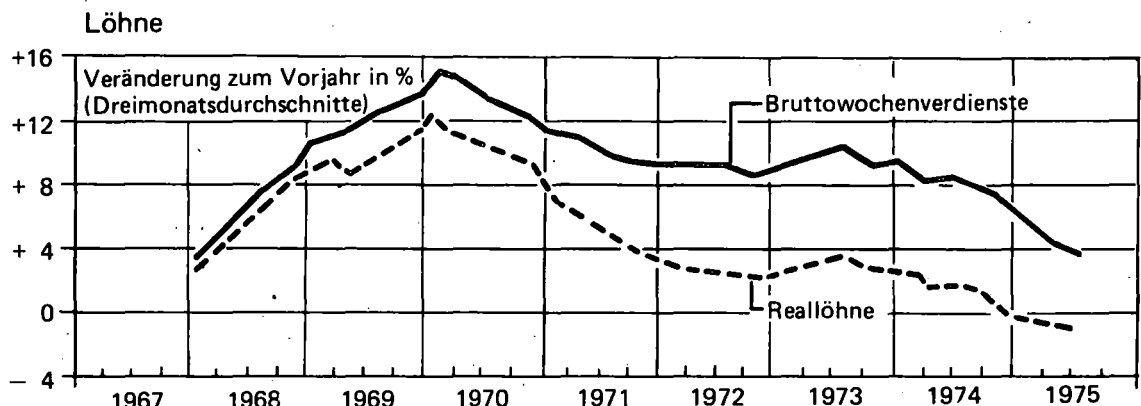


Schaubild 4

Konjunkturindikatoren



1) Mittlere Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte



340 75

nicht abzusehen war, wann sich der abwärts gerichtete Trend umkehren würde. Nachdem dann etwa zur Jahresmitte auch bei Bundesregierung und Bundesbank der ursprüngliche Konjunkturoptimismus zugunsten einer mehr nüchternen Beurteilung der Wirtschaftsdaten gewichen war, breitete sich allgemein die Erkenntnis aus, daß der Weg aus der Talsohle bei weitem länger sein würde als ursprünglich erhofft. Auch der Auftragsstoß, den Baden-Württembergs Wirtschaft im Monat Juni durch das Auslaufen der Investitionszulage verzeichnete, brachte keine entscheidende Wende.

Wie einschneidend der konjunkturelle Einbruch verlief, läßt sich an einigen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren ablesen: In den ersten neun Monaten mußte die industrielle Produktion um 10,0% zurückgenommen werden. Im Vergleich dazu nimmt sich der Produktionsrückschlag des Rezessionsjahres 1967 von 3,2% beinahe bescheiden aus. Das rauhe konjunkturelle Klima spiegelt sich auch deutlich in der Entwicklung der gewerblichen Konkurse wider, die in den ersten zehn Monaten sprunghaft (+ 58%) auf 1334 angestiegen. Die außerordentlich niedrige Kapazitätsauslastung der meisten Branchen ließ den Beschäftigungsstand, der bereits im Vorjahr einen lange Jahre nicht mehr gekannten Tiefstand erreicht hatte, nochmals erheblich absinken. Das in den ersten neun Monaten registrierte Ausmaß an Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit lag mehr als fünf bzw. mehr als zehn Mal so hoch wie im Rezessionsjahr 1967.

Deutlich zum Ausdruck kommt die Schärfe der Rezession auch im sogenannten Mengenindikator der konjunkturellen Entwicklung, der seit einiger Zeit vom Statistischen Landesamt berechnet wird³ und eine Zusammenfassung der verschiedenen konjunkturellen Einzeltendenzen bietet. Die in dieses Diagnoseinstrument eingehenden konjunkturrelevanten Daten⁴ ließen den Mengenindikator, der von seinem Aufbau her zwischen den Werten 1 und 10 schwanken kann, bereits im ersten Quartal den im Rahmen der Berechnungen überhaupt möglichen Tiefstand (1,0 Indikatorkpunkte) erreichen. Ende des zweiten Quartals zeigte er dann einen Ausschlag nach oben (2,3 Punkte) da sich mit dem Auslaufen der Investitionszulage die Bestelleingänge erhöhten und fiel danach nur leicht zurück, da bei den Auftrageingängen das befürchtete „Nachfragerloch“ ausblieb.

Insgesamt führte die scharfe Rezession zu einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes, das bereits im Vorjahr um 0,6% geschrumpft war. Die bislang für das Bundesgebiet vorliegenden Schätzungen rechnen mit einer Abnahme um 4%, das Ergebnis für Baden-Württemberg dürfte hiervon nicht allzusehr abweichen.

Rekordzahlen bei den Konkursen

Von Januar bis Oktober 1975 wurden bei den Amtsgerichten insgesamt 1394 Konkurse angemeldet, ein in der Geschichte des Landes einmaliger Rekord, der sowohl den außerordentlich hohen Stand im Vorjahreszeitraum (845 Zahlungseinstellungen) als auch das Ergebnis des Rezessionsjahres 1967 (494 Zahlungseinstellungen) bei weitem übertrifft. Hinzu kommt, daß nur ein knappes Drittel der Verfahren eröffnet werden konnte, zwei Drittel der Konkurse mußten mangels Masse abgelehnt werden. Eine besonders starke Zunahme zum Vorjahreszeitraum (+ 74,9%) ist bei den Zahlungseinstellungen von Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter festzustellen, während im Bereich der gewerblichen Wirtschaft der Anstieg (+ 51,6%) etwas zurückblieb. Besonders betroffen war hier das Verarbeitende Gewerbe mit 301 Insolvenzen, aber auch der Dienstleistungsbereich verzeichnete mit 213 Zahlungseinstellungen eine überdurchschnittliche Zunahme.

³ Vgl.: Ein Gesamt-Konjunkturindikator für Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10, 1975.

⁴ Im Mengenindikator sind verschiedene Reihen der Auftrageingänge, der Produktion, der Beurteilung der Lagerbestände durch eine Auswahl von Unternehmen sowie die Arbeitslosenzahlen zusammengefaßt.

Arbeitslosigkeit wie in den fünfziger Jahren

Die deutliche Abkühlung des Arbeitsmarktes, die sich bereits im Vorjahr abzeichnete, setzte sich 1975 verstärkt fort. Im Zeichen des rauen konjunkturellen Klimas und der außergewöhnlich niedrigen Kapazitätsauslastung der meisten Branchen blieb die erwartete Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes aus. Im weiteren Verlauf des Jahres machte sich dann die Anpassung der Produktion an das weiterhin rückläufige Volumen der Auftrageingänge bemerkbar, die Nachfrage nach Arbeitskräften ließ nochmals nach. Wie stark der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zurückging, signalisierte der Bestand an offenen Stellen, der im Durchschnitt der ersten zehn Monate mit rund 38 000 etwa ein Drittel unter dem niedrigen Niveau des Vorjahreszeitraums und damit weit unter dem Stellenangebot des Rezessionsjahres 1967 lag.

Noch stärker zeigten sich die Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die schon zu Jahresbeginn den seit vielen Jahren nicht mehr gekannten Stand von rund 117 000 Arbeitslosen erreichte. Im weiteren Jahresverlauf blieb der in den Frühjahrs- und Sommermonaten übliche Rückgang der Arbeitslosigkeit aus. Die Zahl der beschäftigungslosen Personen stieg sogar kontinuierlich weiter an und erreichte im Oktober mit rund 135 000 den bisherigen Höchststand des Jahres. Als Durchschnitt der ersten zehn Monate errechnet sich eine Arbeitslosenziffer von rund 128 000 und damit ein Niveau der Arbeitslosigkeit, das beispielsweise annähernd dreifach so hoch wie in der Vorjahresfrist und sogar mehr als fünffach so hoch wie im Rezessionsjahr 1967 lag. Auch die Arbeitslosenquote, die sich für die Monate Januar bis Oktober auf durchschnittlich 3,5% belief, nahm gegenüber dem Vorjahreszeitraum (1,3%) erheblich zu, lag jedoch in Baden-Württemberg noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 4,7%. Welch grundlegender Wandel der Arbeitsmarktsituation sich damit auch in Baden-Württemberg vollzog, wird deutlich, wenn den Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen gegenübergestellt wird. Während noch 1972 und 1973 jeweils rund sechs unbesetzte Arbeitsplätze auf einen Arbeitslosen kamen, war dies 1974 eine Relation von 1 zu 1. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1975 sank dieser Wert nochmals erheblich auf 0,3 offene Stellen je Arbeitslosen und damit weit unter den Quotienten des Rezessionsjahres 1967 (2,3 zu 1).

Noch sprunghafter als die Arbeitslosigkeit entwickelte sich die Kurzarbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug im Durchschnitt der ersten zehn Monate rund 190 000 und verfünffachte sich damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit vereinigte Baden-Württemberg rund ein Viertel (24,2%) aller Kurzarbeiter des Bundesgebiets auf sich und war zusammen mit Bayern von allen Bundesländern am stärksten von Kurzarbeit betroffen. Sie konzentrierte sich auf die beiden exportintensiven Wirtschaftszweige Maschinenbau und Elektrotechnik sowie auf die Bauwirtschaft, auf die zusammen rund die Hälfte aller Kurzarbeiter entfielen.

Tabelle 4
Entwicklung der Arbeitsmarktlage 1965 bis 1975

Jahr	Offene Stellen		Arbeitslose		Kurz- arbeiter
	ins- gesamt	je Arbeits- losen	ins- gesamt	% der Beschäf- tigten	
1965	120 949	25,1	4 818	0,2	21
1966	94 792	14,6	6 509	0,2	1975
1967	56 769	2,3	24 176	0,7	18 700
1968	98 486	7,5	13 110	0,4	745
1969	141 538	19,6	7 222	0,2	55
1970	133 970	16,6	8 051	0,2	2 289
1971	110 181	8,4	13 069	0,4	16 271
1972	99 526	6,4	15 630	0,5	10 680
1973	102 956	5,6	18 303	0,5	4 705
1974	51 919	1,0	51 662	1,4	52 947
1975 ¹⁾	38 252	0,3	127 837	3,5	189 740

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

¹⁾ Januar bis Oktober.

Tabelle 5
Indikatoren des Arbeitsmarktes 1975

Nachweis	Einheit	1.	2.	3.	Oktober
		Vierteljahr			
Offene Stellen	Anzahl	35 804	39 993	40 036	35 020
	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 34,9	- 35,9	- 24,5	- 8,3
Arbeitslose	Anzahl	124 164	126 332	130 603	135 070
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 183,9	+ 221,6	+ 163,7	+ 90,0
Kurzarbeiter	Anzahl	196 986	228 639	152 100	164 229
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 444,2	+ 681,4	+ 347,9	+ 112,6

Besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren die ausländischen Arbeitnehmer, die mit rund 33 800 über ein Viertel (26,6%) der Arbeitslosen stellten. Ohne die eingangs erwähnte Rückwanderung von stellenlos gewordenen Gastarbeitern in ihre Heimatländer wäre der Anteil arbeitsloser Ausländer allerdings noch wesentlich höher ausgefallen. Ein besonderes Problem bildete auch die Jugendarbeitslosigkeit, zu ihrer Bekämpfung hatte die Landesregierung ein Sonderprogramm beschlossen, das unter anderem die verstärkte Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für Lehrlinge vorsah. Nach einer Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamtes waren Ende Mai 10 013 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet, von denen jedoch nur 9,2% eine betriebliche Ausbildung anstrebten. Über 90% der arbeitslosen Jugendlichen hatten bereits im Berufsleben gestanden, allerdings hatte die Mehrzahl keine abgeschlossene Berufsausbildung (71,2%) oder nur eine Alernausbildung (5,6%) aufzuweisen.

Besonders gegen Jahresende, als zu den konjunkturellen und strukturellen Gründen für den Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften noch saisonbedingte Momente hinzukamen, gab die Beschäftigungslage Anlaß zur Besorgnis. In Baden-Württemberg wurden im November rund 138 700 Arbeitslose bzw. eine Arbeitslosenquote von 3,8% registriert. Bundes- und Landesregierung setzten ein gemeinsames Konjunkturprogramm in Kraft, das für Baden-Württemberg 487 Mill. DM vorsah, die vorwiegend zur Stützung der Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft eingesetzt wurden.

Ob in den nächsten Monaten eine nachhaltige Tendenzwende der Arbeitsmarktsituation eintritt, erscheint mehr als fraglich. Zum einen sind bislang keine Anzeichen einer deutlichen konjunkturellen Belebung zu erkennen. Zum anderen dürfte es auch im Falle eines konjunkturellen Umschwungs längere Zeit dauern, bis die Arbeitslosigkeit merklich abnimmt. Ursache hierfür ist die zeitliche Wirkungsverzögerung zwischen einer potentiellen Nachfrageerhöhung einerseits und den daraus resultierenden Produktions- und Beschäftigungsausweitungen andererseits. Nach den Erfahrungen mit der Rezession von 1967 vergehen nach erfolgtem Wiederanstieg der Auftrags-eingänge noch rund sechs Monate, bis die Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Stillstand kommt. Von daher ist zu befürchten, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erst im Frühjahr 1976 erreicht wird, zumal eine etwaige Ausweitung des Produktionsvolumens zunächst durch Abbau der außergewöhnlich hohen Kurzarbeit erreicht werden kann.

Erheblicher Rückgang der Industrieproduktion

Die Stimmung in der Wirtschaft des Landes war zu Beginn des Jahres 1975 sehr gedrückt, in vielen Betrieben befürchtete man, daß ein weiteres Abgleiten der Konjunktur nicht aufzuhalten sei. Diese pessimistischen Erwartungen wurden durch

die weitere Entwicklung der Nachfrage nach industriellen Produkten zunächst bestätigt. Während der ersten fünf Monate blieb das Volumen der monatlichen Auftragseingänge beträchtlich hinter den Vorjahreswerten zurück (*Schaubild 5*). Im Juni wurde dann wegen des Auslaufens der Investitionszulage ein hoher Gipfel des Bestellvolumens erreicht. Aus buchungstechnischen Gründen schlug sich ein Teil des Juni-Geschäftes in der Auftragseingangstatistik des Juli nieder, so daß in diesem Monat die Ordereingänge leicht über dem Vorjahresniveau lagen. Die Befürchtungen, daß nach dem Juni-Geschäft aufgrund zeitlich vorgezogener Bestellungen ein Loch in den Auftragseingängen auftreten würde, wurden nicht bestätigt: Die Ordertätigkeit im August erreichte das (allerdings niedrige) Vorjahresvolumen, das dann im September deutlich übertrifft wurde. Damit scheint vorläufig eine Stabilisierung der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen eingetreten zu sein.

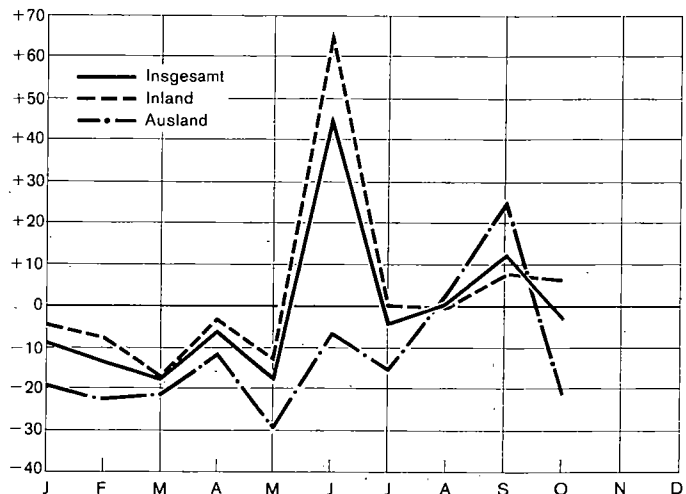
Nimmt man die ersten neun Monate des Jahres 1975 zusammen, so lagen die Auftragseingänge der baden-württembergischen Industrie wertmäßig um 4,1% über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs bedeutet das einen Rückgang des Bestellvolumens um 2,1%. Dabei standen einem leichten Anstieg der Inlandsbestellungen (wertmäßig + 7,9%, volumenmäßig + 1,9%) erhebliche Rückgänge der Auslandsnachfrage (wertmäßig - 5,2%, volumenmäßig - 12,3%) gegenüber. Relativ günstig war die Bestelltätigkeit noch in den Investitionsgüterindustrien (volumenmäßig + 2,0%) da hier das Juni-Geschäft besonders zu Buche schlug. Eine nähere Untersuchung der einzelnen Gruppen der Investitionsgüterindustrien zeigt allerdings, daß sich der Anstieg der Auftragseingänge auf den Stahl- und Fahrzeugbau konzentrierte (volumenmäßig + 59,8% bzw. + 39,3%), während die übrigen Industriezweige, zu denen auch die in Baden-Württemberg so bedeutenden Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik zählen, mehr oder minder hohe Nachfrageeinbußen erlitten. Äußerst schwach war die Bestelltätigkeit in den ersten neun Monaten hingegen in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahm hier das Volumen der Auftragseingänge durchschnittlich um 12,4% ab, wobei von dieser Entwicklung alle Branchen mehr oder weniger stark erfaßt wurden. Einen Rückgang des Nachfragevolumens (- 3,7%) mußten auch die Verbrauchsgüterindustrien hinnehmen, von denen sich lediglich bei der Textil- und der Bekleidungsindustrie (+ 7,1% bzw. + 4,0%) die Auftragslage stabilisierte.

Wesentlich deutlicher noch als in den Auftragseingängen, die um den ehemaligen Auftragsstoß des Juni erhöht sind, wirkten

Schaubild 5

Auftragseingänge der Industrie 1975 unter Ausschaltung der Preissteigerungen

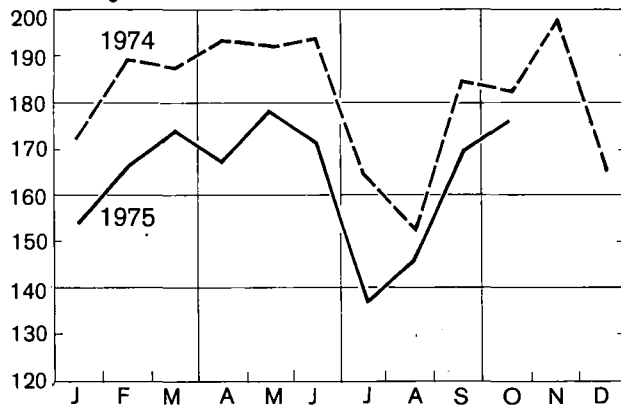
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



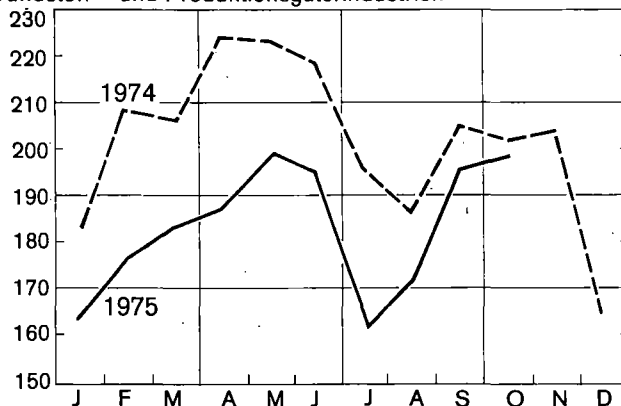
365 75

Entwicklung der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

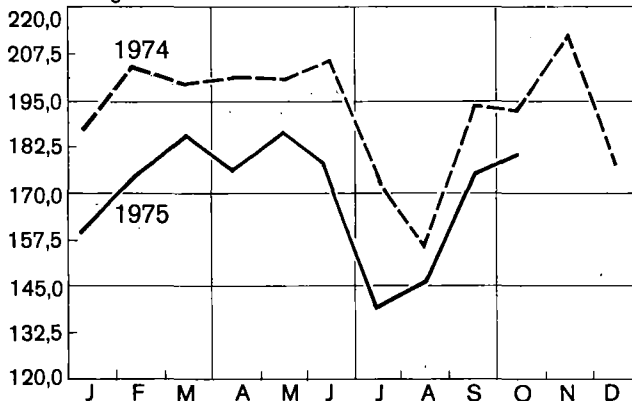
Industrie insgesamt



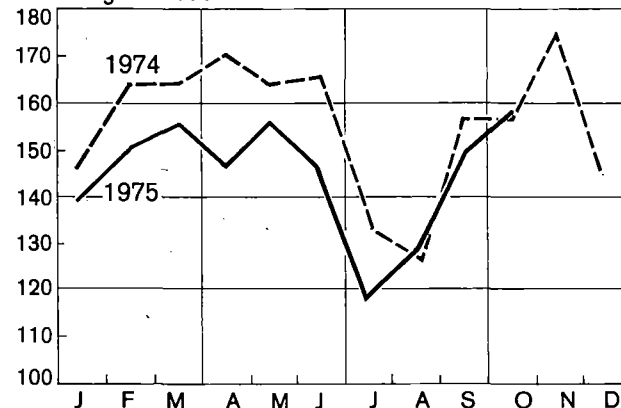
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien



Investitionsgüterindustrien



Verbrauchsgüterindustrien



sich die rezessiven Tendenzen in der Rücknahme der Produktionstätigkeit aus. In den ersten neun Monaten produzierte die baden-württembergische Industrie um 10,0% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wobei mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie sämtliche Industriegruppen ihren Produktionsausstoß verminderten. Von den in Baden-Württemberg bedeutsamen Industriezweigen verzeichneten die elektrotechnische sowie die feinmechanische und optische Industrie besonders hohe Produktionsausfälle (- 15,5% bzw. - 24,0%), während sich die Produktionsrückgänge beim Maschinen- und Fahrzeugbau (- 11,6% bzw. - 2,5%) in engeren Grenzen hielten.

Die industriellen Gesamtumsätze sanken im Zeitraum Januar bis September von 91,4 Mrd. DM im Jahr 1974 auf 89,1 Mrd. DM im Jahr 1975, was eine Abnahme um 2,6% bedeutet. Besonders das Auslandsgeschäft flachte stark ab (- 6,5%), wobei verschiedene Branchen wie beispielsweise die Mineralölverarbeitung (- 44,3%), die Ledererzeugung (- 32,1%), Kunststoffverarbeitung (- 22,1%), Papier- und Pappeverarbeitung (- 13,7%) oder die EBM-Waren-Industrie (- 17,1%) drastische Rückgänge der Ausfuhrumsätze hinnehmen mußten. Demgegenüber lagen die industriellen Inlandsumsätze im Berichtszeitraum nominal nur leicht unter dem Vorjahreszeitraum (- 1,3%).

Die Beschäftigungslage im Bereich der Industrie war durch Anpassung an das rückläufige Produktionsvolumen gekennzeichnet. Diese vollzog sich zunächst durch Abbau von Überstunden und Übergang zu Kurzarbeit, die Zahl der von Januar bis September geleisteten Arbeiterstunden sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,0%. Die Zahl der Industriebeschäftigten nahm wesentlich weniger stark (- 6,6%) auf 1,45 Mill. ab, wobei die prozentualen Rückgänge der vier Hauptbereiche nicht allzusehr vom Industriedurchschnitt abwichen.

Mit der Abnahme der Beschäftigung kam erstmals seit vielen Jahren der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme zum Stillstand (- 0,6%), wobei die Rückgänge in den Grundstoff- und Produktionsgüter- und den Verbrauchsgüterindustrien (- 3,8% bzw. (- 1,1%) durch die Zuwachsraten der Nahrungs- und Genussmittelindustrien (+ 2,9%) nicht ganz kompensiert werden konnten. Einen nach wie vor beachtlichen Anstieg zeigte allerdings die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (+ 6,4%). Auch im Spätherbst wies die Wirtschaftstätigkeit der Industrie zwar noch keine Anzeichen einer deutlichen Wiederbelebung auf, doch deuten die neuesten Daten auf eine Stabilisierung der Nachfrage auf allerdings niedrigem Niveau hin. Der private Verbrauch wirkt nach wie vor leicht konjunkturstützend und bei den Exporten scheint die rückläufige Tendenz des ersten Halbjahres zum Stillstand gekommen und eine neue Aufwärtsentwicklung eingeleitet zu sein. Hinzu kommt, daß die wegen der Juni-Bestellungen erhöhten Auftragsbestände teilweise noch produktionswirksam werden. Positiv zu beurteilen sind auch die Entwicklungsaussichten eines Schlüsselbereiches, beim Fahrzeugbau zeigt sich eine Wiederbelebung der Nachfrage. Auch von den unternehmerischen Erwartungen her gesehen ist das Klima für einen neuen Konjunkturaufschwung günstig, die Unternehmen der Verarbeitenden Industrie rechnen für 1976 mit einer Konjunkturbelebung, die wesentlich vom Ausland (erhöhte Exporterlöse) mitgetragen wird.

Deutlicher Beschäftigungsrückgang im Handwerk

Wie schon im Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten im Bereich des Handwerks deutlich ab. Ende Juni 1975 waren in den Handwerksbetrieben des Landes 671 000 Personen beschäftigt. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um rund 49 000 oder 6,8%. Annähernd drei Fünftel der Rückgänge entfielen allein auf das Bauhandwerk, das seinen Beschäftigtenstand um rund 30 000 oder annähernd 13% reduzierte. Beachtliche Beschäftigungsrückgänge von 9% bzw. 13% verzeichneten auch das Holzverarbeitungs- sowie das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe.

Tabelle 6
Entwicklung der Industrie 1975

Industriezweig	Januar bis September ¹⁾											Erzeuger- preise (1970 = 100)
	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Auftragseingang (1970 = 100)		Produk- tion (1962 = 100)	Umsatz		Exportquote ²⁾		
	ins- gesamt MD	Verände- rung 1975/74	ins- gesamt	Verände- rung 1975/74	Veränderung 1975/74		Verände- rung 1975/74	ins- gesamt	Verände- rung 1975/74	1975	1974	
					in je- weiligen Preisen	in kon- stanten Preisen						
Industrie insgesamt ...	1 449,5	- 6,6	1 254,6	- 13,0	+ 4,1	- 2,1	- 10,0	89 076,2	- 2,6	23,6	24,6	+ 4,6
Inland	-	-	-	-	+ 7,9	+ 1,9	-	68 072,9	- 1,3	-	-	+ 5,5
Ausland	-	-	-	-	- 5,2	- 12,3	-	21 003,2	- 6,5	-	-	+ 3,9
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	182,1	- 7,9	157,5	- 16,8	- 8,2	- 12,4	- 11,7	16 011,7	- 8,1	14,5	16,2	-
Inland	-	-	-	-	- 6,7	- 11,6	-	13 685,1	- 6,3	-	-	- 0,2
Ausland	-	-	-	-	- 14,6	- 15,8	-	2 326,5	- 17,6	-	-	-
Investitionsgüter- industrien	853,8	- 6,0	716,4	- 13,3	+ 10,8	+ 2,0	- 11,6	46 435,4	- 0,6	34,2	35,3	-
Inland	-	-	-	-	+ 19,4	+ 10,6	-	30 540,5	+ 0,9	-	-	+ 7,9
Ausland	-	-	-	-	- 3,2	- 11,8	-	15 894,8	- 3,5	-	-	-
darunter												
Maschinenbau	264,5	- 4,6	214,8	- 13,6	- 1,4	- 10,6	- 11,6	13 577,1	- 0,6	44,3	45,7	+ 9,8
Inland	-	-	-	-	+ 1,8	- 7,4	-	7 559,3	+ 1,9	-	-	+ 9,7
Ausland	-	-	-	-	- 4,8	- 13,9	-	6 017,8	- 3,7	-	-	-
Fahrzeugbau	155,9	- 2,3	159,6	- 3,9	+ 53,4	+ 39,3	- 2,5	11 556,7	+ 10,8	40,4	42,2	+ 9,5
Inland	-	-	-	-	+ 110,1	+ 91,4	-	6 888,0	+ 14,1	-	-	+ 9,4
Ausland	-	-	-	-	- 0,2	- 9,2	-	4 668,7	+ 6,1	-	-	-
Elektrotechnische Industrie	226,5	- 7,8	176,8	- 17,8	- 0,9	- 5,4	- 15,5	11 992,5	- 6,8	25,1	25,7	+ 4,3
Inland	-	-	-	-	- 2,6	- 6,1	-	8 985,6	- 6,0	-	-	+ 3,7
Ausland	-	-	-	-	+ 3,5	- 3,0	-	3 006,9	- 9,2	-	-	-
Verbrauchsgüter- industrien	357,4	- 7,6	328,0	- 11,3	- 1,6	- 3,7	- 7,2	18 647,2	- 4,1	13,1	14,5	-
Inland	-	-	-	-	- 0,2	- 2,2	-	16 203,8	- 2,5	-	-	+ 3,6
Ausland	-	-	-	-	- 9,4	- 12,1	-	2 443,3	- 13,1	-	-	-
darunter												
Textilindustrie	115,8	- 8,5	105,5	- 12,2	+ 3,6	+ 7,1	- 3,8	5 880,3	- 5,3	14,5	16,2	- 3,4
Inland	-	-	-	-	+ 5,1	+ 9,4	-	5 027,8	- 3,4	-	-	- 3,9
Ausland	-	-	-	-	- 4,5	- 4,5	-	852,5	- 15,1	-	-	-
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	55,2	- 6,3	51,7	- 7,7	-	-	- 1,1	7 889,0	+ 2,0	4,3	4,4	-
Inland	-	-	-	-	-	-	-	7 552,5	+ 2,1	-	-	+ 4,3
Ausland	-	-	-	-	-	-	-	336,5	- 0,6	-	-	-

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes.

Die Umsätze lagen in den ersten zwei Quartalen mit 22,1 Mrd. DM ohne Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen um 2,6% unter den Vorjahresergebnissen. Hohe Umsatzeinbußen von nicht weniger als 18,4% mußte das Bau- und Ausbaugewerbe hinnehmen, während die Handwerksbetriebe des Nahrungsmittelgewerbes ihre Umsätze noch bemerkenswert (+ 8%) zu steigern vermochten.

Starker Beschäftigtenabbau in der Bauwirtschaft

Der Schrumpfungsprozeß in der Bauwirtschaft, der in der zweiten Jahreshälfte 1973 eingesetzt hatte, dauerte im Jahr 1975 weiter an. Dabei überlagerten sich die Auswirkungen des allgemeinen Konjunkturabschwungs mit den strukturellen Anpassungsprozessen des Wohnungsbaus. Als gegenläufiger Einflußfaktor kam das Konjunkturförderungsprogramm der Bundesregierung hinzu, das sich im Juni, als die Investitionszulage auslief, stark in den Auftragseingängen des Hochbaus niederschlug und damit das Jahresergebnis positiv beeinflusste.

Im Bereich des Wohnungsbaus schwächte sich der 1974 verzeichnete erhebliche Rückgang der Nachfrage merklich ab. Verfolgt man zunächst die Entwicklung der Wohnungsbau-genehmigungen, so zeigt sich deutlich eine Tendenz zur Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Während die ersten drei Quartale des Jahres 1974 mit 44,8% noch eine gravierende Abnahme der Genehmigungszahlen gebracht hatten, gingen diese im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1975 lediglich noch um 11,7% unter den allerdings niedrigen Stand des Vorjahreszeitraumes zurück. Nimmt man den umbauten Raum als

Maßstab, so betrug die Abnahme sogar nur 8,3% da der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, die überdurchschnittliche Wohnungsgrößen aufweisen, anstieg. Beim zweiten Indikator für die Wohnungsbaunachfrage, dem Ordereingang der bauhauptgewerblichen Betriebe, kamen die rückläufigen Tendenzen sogar zum Stillstand. Der Wert der von Januar bis September 1975 akzeptierten Wohnungsbauaufträge stieg gegenüber dem Vorjahresergebnis um 1,2%, im Vorjahreszeitraum hatte die Abnahme noch 18,6% betragen. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen bei etwa 80 000 bis 90 000 Einheiten liegen gegenüber 105 000 im Vorjahr. Maßgeblich für dieses relativ hohe Fertigstellungsergebnis war das zum Jahresbeginn verzeichnete Bauüberhangsvolumen: Trotz rückläufiger Baugenehmigungen war Anfang 1975 noch ein Bestand von rund 145 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten

Tabelle 7
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1975 (1971 = 100)

Zeitraum	Veränderung gegen Vorjahr in %				
	Bau- haupt- gewerbe ins- gesamt	Hochbau		Tiefbau	
		ins- gesamt	darunter Wohnungs- bau	ins- gesamt	darunter Straßen- bau
1. Vierteljahr 1975 ...	- 5,6	- 9,5	- 11,1	+ 2,6	- 2,8
2. Vierteljahr 1975 ...	+ 11,2	+ 13,4	+ 11,3	+ 7,9	+ 29,9
3. Vierteljahr 1975 ...	- 7,1	- 4,6	+ 2,3	- 11,0	- 14,0
1.-3. Vierteljahr 1975	- 0,4	- 0,2	+ 1,2	- 0,7	+ 1,4

Tabelle 8
Baugenehmigungen und Baufertigstellungen
(1. bis 3. Quartal)

Nachweis	Einheit	1975	1974	1973	Veränderung	
					1975/ 1974	1974/ 1973
					%	
Baugenehmigungen						
Wohngebäude ...	Umbauter Raum in 1000 cbm	24 051	26 233	42 285	- 8,3	- 38,0
Nichtwohngeb. ...	Umbauter Raum in 1000 cbm	23 893	24 634	28 817	- 3,0	- 14,5
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ..	Anzahl	46 957	52 998	94 981	- 11,4	- 44,2
Baufertigstellungen						
Wohngebäude ...	Umbauter Raum in 1000 cbm	16 223	21 364	22 152	- 24,1	- 3,6
Nichtwohngeb. ...	Umbauter Raum in 1000 cbm	13 097	15 956	13 469	- 17,9	+ 18,5
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ..	Anzahl	35 433	49 017	51 339	- 27,7	- 4,5

Wohnungen vorhanden. Davon waren bereits rund 73 000 unter Dach (rohbaufertig), das heißt überwiegend Beschäftigungsobjekte für das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. Das Bauinteresse im Bereich des übrigen Hochbaus war einerseits durch verminderte Auftragseingänge von seiten der öffentlichen Hand (- 16,9%) gekennzeichnet, wobei allerdings die hohen Vergaben des Vorjahres zu berücksichtigen sind. Demgegenüber übertrafen die Hochbaufaufträge der gewerblichen Wirtschaft in den ersten drei Quartalen das Vorjahresniveau um rund 20,5%.

Im Bereich des Tiefbaus wurde das gute Vorjahresergebnis gehalten. In den ersten neun Monaten lagen die Auftragseingänge nominal nur 0,7% unter dem hohen Vorjahresniveau. Maßgebend hierfür waren die leicht gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau (+ 1,4%).

Die Beschäftigungslage der bauhauptgewerblichen Betriebe war durch eine weitere erhebliche Anpassung der personellen Kapazitäten gekennzeichnet. Der Personalbestand, der bereits im Vorjahr um 9,7% abgebaut worden war, reduzierte sich im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1975 nochmals um volle 11,6%. Freigesetzt wurden insbesondere die weniger qualifizierten Fachwerker und Werker (- 19,6%). Durch die Einführung von Kurzarbeit blieben die von Januar bis September geleisteten Arbeitsstunden (- 15,0%) noch stärker als die Zahl der Beschäftigten unter dem Vorjahreswert, insbesondere im Wohnungsbau wurden die Arbeitsstunden drastisch (- 23,0%) reduziert.

Trotz der erheblichen Freisetzungen von Arbeitskräften war die Arbeitsmarktlage für Bauberufe im großen und ganzen ausgeglichen. Ende September waren 3959 Arbeitslose registriert, denen 3690 offene Stellen gegenüberstanden. Dieses auf den ersten Blick erstaunliche Ergebnis ist hauptsächlich auf die Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer zurückzuführen, konzentrierte sich doch der Personalabbau besonders stark auf Werker und sonstige Beschäftigte mit untergeordneten Tätigkeiten, unter denen die Ausländer sehr stark vertreten sind.

Die Verringerung der personellen Kapazitäten dürfte, insbesondere was den Wohnungsbau betrifft, noch nicht voll abgeschlossen sein. Auf kürzere Sicht wird die weitere Entwicklung der Bauwirtschaft jedoch auch von der Wirkung des neuen gemeinsamen Konjunkturprogramms von Bund und Ländern abhängen, das neben der Förderung der Altbaumodernisierung Investitionen im Bereich des Straßenbaus und des staatlichen Hochbaus vorsieht. Obwohl das Programmvolumen nur einen geringen Prozentanteil einer Jahresbauleistung ausmacht,

dürfte der Auftragsstoß zumindest kurzfristig ein weiteres Abgleiten der Baukonjunktur verhindern. Hinzu kommt, daß die Nachfrageerhöhung durch die im Juni ausgelaufene Investitionszulage nunmehr marktwirksam werden dürfte.

Hohe Ausfuhr des Vorjahres nicht erreicht

Die baden-württembergische Exportwirtschaft hatte im Jahr 1974 eine Rekord-Ausfuhr von 37,3 Mrd. DM erzielt und damit maßgeblich zur Stützung der Konjunktur beigetragen. Allerdings zeichnete sich gegen Jahresende ein Rückgang der Auslandsnachfrage ab, der sich 1975 verstärkt fortsetzte. Maßgebliche Gründe hierfür waren die fortschreitende Rezession in allen wichtigen Industrieländern sowie die von einigen Partnerländern getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung ihrer Zahlungsbilanzdefizite. Trotz dieser Erschwernisse gelang es der Wirtschaft des Landes verhältnismäßig gut, ihre Position auf dem Weltmarkt zu behaupten. Zwar wurde in den ersten drei Quartalen mit 25,9 Mrd. DM das außerordentlich hohe Ausfuhr-Ergebnis des Vorjahreszeitraums nicht erreicht, doch hielt sich der Rückgang (- 5,0%) in engen Grenzen. Vor allem die Vereinigten Staaten und die Länder der Europäischen Gemeinschaft waren von dem Konjunkturabschwung stark betroffen und blieben mit ihren Käufen in Baden-Württemberg weit hinter denen des Vorjahres zurück (- 13,7% bzw. - 11,6%). Unter den EG-Ländern ragt insbesondere Italien heraus, das in den ersten neun Monaten wertmäßig 20,9% weniger Waren bezog als im Vorjahreszeitraum. Deutlich über dem Vorjahr lagen hingegen die Ausfuhrzahlen für den Ostblock und die Entwicklungsländer (+ 27,1% bzw. + 26,4%), doch konnten die außerordentlich hohen Zuwachsraten des Jahres 1974 nicht mehr erreicht werden. Einen in dieser Größenordnung wohl kaum geahnten Aufschwung nahm hingegen die Ausfuhr nach den OPEC-Ländern (+ 82,4%), die in den ersten drei Quartalen Waren im Wert von 2,1 Mrd. DM bezogen und damit einen Anteil von 8,2% an der Gesamtausfuhr des Landes hatten.

Die Zusammensetzung des Exports nach Warenggruppen, die entsprechend der Struktur der baden-württembergischen Wirtschaft seit Jahren ziemlich konstant ist, erfuhr im Berichtszeitraum einige beachtenswerte Verschiebungen. Von den bedeutenderen Industriezweigen des Landes vermochte allein der Fahrzeugbau eine hohe Steigerung der Ausfuhrerlöse zu erzielen (+ 17,2%). Mit einer Exportminderung um 3,3% konnte der Maschinenbau seine Stellung auf den Auslandsmärkten in etwa behaupten, während die Elektrotechnik (- 9,2%), die Chemische- und die Textilindustrie (- 15,4% bzw. - 16,7%) sowie die Uhrenerzeugung (- 19,0%) beträchtliche Exportrückschläge auswiesen.

Schaubild 7

Auftragseingänge im Wohnungsbau (1971 = 100)

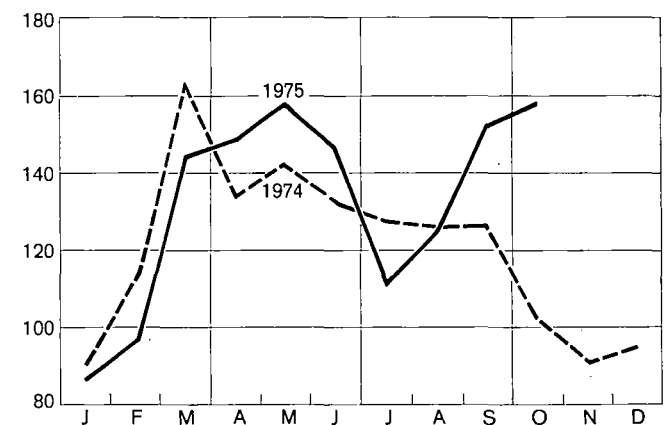


Tabelle 9
Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern

Handelspartner	Einfuhr ¹⁾			Ausfuhr ²⁾		
	Januar – September 1975					
	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1974 in % ³⁾	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1974 in % ³⁾
Insgesamt	18 085,7	100,0	– 0,9	25 905,2	100,0	– 5,0
davon Europa	12 869,3	71,2	+ 0,6	18 163,6	70,1	– 7,7
darunter EG-Länder	9 308,7	51,5	+ 2,3	10 289,0	39,7	– 11,6
davon Frankreich	3 577,1	19,8	+ 3,2	3 560,4	13,7	– 10,0
Belgien-Luxemburg	1 240,0	6,9	– 10,1	1 326,9	5,1	– 8,7
Niederlande	1 517,3	8,4	+ 1,8	1 923,8	7,4	– 6,0
Italien	2 385,9	13,2	+ 9,5	1 963,6	7,6	– 20,9
Großbritannien	457,7	2,5	– 2,0	1 069,0	4,1	– 13,3
Republik Irland	48,5	0,3	+ 22,2	54,5	0,2	– 25,0
Dänemark	82,2	0,5	+ 11,7	390,8	1,5	– 2,8
Ostblockländer	392,2	2,2	– 13,1	1 528,0	5,9	+ 27,1
Afrika	1 402,2	7,8	– 3,7	1 447,4	5,6	+ 11,9
Amerika	1 727,3	9,6	– 8,6	3 150,3	12,2	– 10,5
darunter USA	1 226,5	6,8	– 10,6	1 964,3	7,6	– 13,7
Asien	2 041,4	11,3	– 2,4	2 875,0	11,1	+ 21,3
Australien und Ozeanien	45,4	0,3	+ 88,4	268,9	1,0	– 34,9

¹⁾ Generalhandel. – ²⁾ Spezialhandel. – ³⁾ Gegenüber Januar – September 1974.

Der weiteren Entwicklung der Ausfuhr kommt entscheidende Bedeutung für eine Wiederbelebung der Binnenkonjunktur zu, deshalb werden seit einiger Zeit die Aussichten für eine Besserung der Exportsituation diskutiert. In diesem Zusammenhang wird von Experten die Ansicht vertreten, daß die 1975 verzeichnete Abschwächung der Auslandsnachfrage zum Teil auch als eine verzögerte Reaktion auf die DM-Aufwertung des Jahres 1973 zu deuten sei. Die Anpassungsprozesse der ausländischen Nachfrage an die veränderten Preisrelationen seien jedoch nunmehr abgeschlossen, so daß der Verlauf der Exporte künftig wieder mehr oder weniger allein von der konjunkturellen Situation im Ausland bestimmt werde. Im Hinblick auf die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung im Ausland ist man jedoch allgemein zuversichtlich, da zumindest in den Vereinigten Staaten die Talsohle der Industriekonjunktur erreicht ist. Zum anderen zeigen die Auftrags-eingänge der Industrie bereits etwa seit Mitte 1975 eine gewisse Stabilisierung der Auslandsnachfrage an. Optimistisch sind auch die Exporterwartungen der Unternehmer, die sich unter anderem auf den neuerdings zurückgehenden Außenwert der DM gründen, der die Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten unterstützt.

Bei der Entwicklung der Importe machte sich teilweise die gedämpfte Produktionstätigkeit der baden-württembergischen Industrie bemerkbar, doch wurde in den ersten drei Quartalen mit 18,1 Mrd. DM das Einfuhrergebnis des Vorjahreszeitraumes nahezu erreicht (- 0,9%). Daß der Wert der Einfuhr etwas zurückging, hängt allerdings auch mit der Entwicklung der Importpreise zusammen, die seit November 1974 im Zusammenhang mit dem Nachgeben einer Reihe von Rohstoffpreisen leicht zurückgingen.

Untergliedert man die Importe nach Lieferländern, so fallen vor allem die rückläufigen Einfuhren aus den Ostblock- (-13,1%) und den OPEC-Ländern (-17,3%) auf. Die stark rückläufigen Bezüge aus den Erdöllieferländern erklären sich einerseits aus der gedrosselten Produktionstätigkeit, andererseits aus der Flexibilität der einheimischen Industrie auf dem Energiesektor: In den ersten neun Monaten ging der Wert der Erdölimporte trotz leicht rückläufigem Durchschnittspreis um 18,6% zurück.

Demgegenüber übertrafen die Lieferungen der EG-Länder den Vorjahreswert noch leicht (+2,3%), die Einfuhr aus Italien lag mit einem Zuwachs von 9,5% sogar deutlich über dem durch Arbeitskämpfe beeinträchtigten Vorjahresergebnis.

Landwirtschaft: Rückläufige Verkaufserlöse und Einkommen

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche belief sich 1975 nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung auf rund 1,74 Mill. Hektar. Pro Kopf der Bevölkerung macht damit die Landwirtschaftsfläche nur noch 19 Ar aus gegenüber gut 30 Ar im Jahr 1950. Allerdings betrug die Abnahme gegenüber dem Vorjahr nur 0,2%; der seit langen Jahren beobachtete Trend, die zunehmende Beanspruchung des Grund und Bodens für Siedlungszwecke, hat sich somit erheblich abgeschwächt.

Die Verkaufserlöse der baden-württembergischen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1974/75 blieben mit 5,35 Mrd. DM um 3,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Zwar erlösten die Landwirte durch den Verkauf von tierischen Erzeugnissen (3,48 Mrd. DM) 2,0% mehr als im Vorjahr, bei den pflanzlichen Erzeugnissen ergaben sich jedoch Mindereinnahmen um 12,4%. Im einzelnen stehen in erster Linie Mehrerlösen bei Getreide (+17,1%), Zuckerrüben (+14,5%), Gemüse (+18,2%), Schlachtrindern einschließlich -kälbern (+11,2%) und Milch (+10,1%) Mindererlöse bei Weinmost (-52,6%), Obst (-30,6%), Kartoffeln (-20,2%) und Schlachtschweinen (-16,3%) gegenüber.

Die Nahrungsmittelproduktion beziffert sich auf 6,05 Mrd. DM, das sind bei einem realen Produktionsrückgang von 2,0% wertmäßig 5,0% weniger als 1973/74. Nach Abzug des Sachaufwandes, der sich entsprechend der Preissteigerung für sächliche Betriebsmittel (+6%) auf 3,58 Mrd. DM stellt, resultiert daraus ein Betriebseinkommen, das etwa um 3 bis 4% kleiner ist als im Wirtschaftsvorjahr. Dabei sind Subventionen wie Rinderschlachtprämie, Ausgleichszahlung des Bergbauernprogramms, Rückerstattung der gesetzlichen Unfallversicherung und Investitionszulage ebenso berücksichtigt

wie der Rückfall des Aufwertungsausgleiches und die im Januar 1974 erhöhte Mehrwertsteuer.

Trotz der verschlechterten Einkommenslage hat sich der zahlenmäßige Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe – offenbar im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Rezession – weiter abgeschwächt: die Zahl der Betriebe ab 0,5 ha Landwirtschaftsfläche betrug im Frühjahr 1975 noch rund 199 000 gegenüber 203 530 im Vorjahr.

Die Hoffnungen der baden-württembergischen Landwirtschaft, im Erntejahr 1975 eine überdurchschnittliche Getreideernte einbringen zu können, haben sich nur zum Teil erfüllt. Nach vorläufigen Schätzungen blieb die Getreideernte mit 21,9 Mill. Dezitonnen aufgrund der Trockenperiode im Juli/August rund 10% hinter dem Rekordergebnis des Vorjahres zurück, doch wurde das Mittel der letzten sechs Jahre noch um rund 1,9% übertroffen. Sehr mäßig fiel hingegen die Kartoffelernte aus. Aufgrund der abermals eingeschränkten Anbaufläche und gesunkener Hektarerträge wird mit einer Gesamtkartoffelernte von rund 12 Mill. Dezitonnen gerechnet, was einem Rückgang um etwa ein Drittel gegenüber dem Vorjahr bzw. dem sechsjährigen Mittel entspricht. Bei großen Unterschieden zwischen den einzelnen Erzeugnisarten wird insgesamt nur mit einer mäßigen Obst- und Gemüseernte, aber mit einer sehr reichen Apfelernte gerechnet, die den Markt erheblich belastet. Die Weinmosternte verspricht bei knapp durchschnittlichen Erträgen, aber erweiterter Ertragsreife, eine gute Mittelernte von ausgewogener Qualität.

Zurückhaltende Verbrauchernachfrage – stagnierender Fremdenverkehr

Die Umsätze des baden-württembergischen Einzelhandels lagen in den ersten neun Monaten 8,7% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ergibt sich noch ein Zuwachs um 1,7%. Diese verhältnismäßig schwache Entwicklung dürfte im wesentlichen darin begründet sein, daß die Verbraucher wegen der unsicheren Wirtschaftslage im allgemeinen vorsichtig und zurückhaltend disponierten. Viele Haushalte hatten eine Scheu vor größeren Ausgaben, die Anschaffung langlebiger Konsumgüter wurde häufig zurückgestellt, um keine längerfristigen Verbindlichkeiten einzugehen. So mußte sich der Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen mit einer unterdurchschnittlichen

Tabelle 10
Index der Einzelhandelsumsätze (1970 = 100)
Veränderung gegen Vorjahr in %

Wirtschaftsgruppe	Jan.-Sept. 1975	
	in jeweiligen Preisen	konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Waren verschiedener Art	+ 7,3	-
Nahrungs- und Genußmittel	+ 7,8	+ 0,9
Bekleidung, Wäsche, Ausstattung- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 9,0	+ 3,1
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunst- stoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 5,4	- 1,5
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 2,1	- 3,4
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 8,9	- 0,9
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	+ 11,0	+ 4,3
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	+ 4,8	- 5,4
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	+ 17,4	+ 8,8
Sonstige Waren	- 0,1	- 8,3
Einzelhandel insgesamt	+ 8,7	+ 1,7

Tabelle 11
Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Unfälle mit Personenschäden		Dabei			
	Anzahl	Verände- rung gegen dem Vorjahr %	Getötete		Verletzte	
			Anzahl	Verände- rung gegen dem Vorjahr %	Anzahl	Verände- rung gegen dem Vorjahr %
1971	49 360	- 2,1	2 776	- 0,8	72 490	- 2,8
1972	51 664	+ 4,7	2 919	+ 5,2	75 266	+ 3,8
1973	48 288	- 6,5	2 656	- 9,0	69 782	- 7,3
1974	45 999	- 4,7	2 346	- 11,7	64 985	- 6,9
1975 ¹⁾ ...	35 423	+ 4,6	1 675	- 0,8	50 014	+ 4,5

¹⁾ Januar bis September; vorläufige Ergebnisse.

Zuwachsrates zufrieden geben, und auch die Umsätze von Hausrat und Wohnbedarf sowie von Kohle und Mineralöl-erzeugnissen lagen in den ersten drei Quartalen nominal nur knapp über den Vorjahreswerten.

Eine deutliche Belebung zeigte hingegen der Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen. Wohl nicht zuletzt aufgrund der Investitionszulage übertrafen hier die Umsätze der baden-württembergischen Einzelhandelsbetriebe das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes nominal um 17,4%, wobei allerdings das durch Ölkrise und wirtschaftliche Rezession niedrige Vorjahresniveau berücksichtigt werden muß. Überdurchschnittlich (+11,0%) stieg auch der Umsatz des Einzelhandels mit pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen.

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe konnte in den ersten neun Monaten einen nominalen Umsatzzuwachs von fast 7% erzielen. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung bedeutet das jedoch nur eine Umsatzsteigerung um knapp 1%. Unterdurchschnittlich (+4%) entwickelten sich die Übernachtungsumsätze, eine Tendenz, die auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt wird. Von Januar bis September 1975 wurden rund 6,3 Mill. Gäste und 34,5 Mill. Übernachtungen gezählt. Berücksichtigt man die Erweiterung des Berichtskreises (höhere Zahl an Altgemeinden durch Gemeindegemeinschaften), so hat sich damit der für die Sommersaison 1974 festgestellte Rückgang der Gästeübernachtungen fortgesetzt.

Wieder mehr Verkehrsunfälle

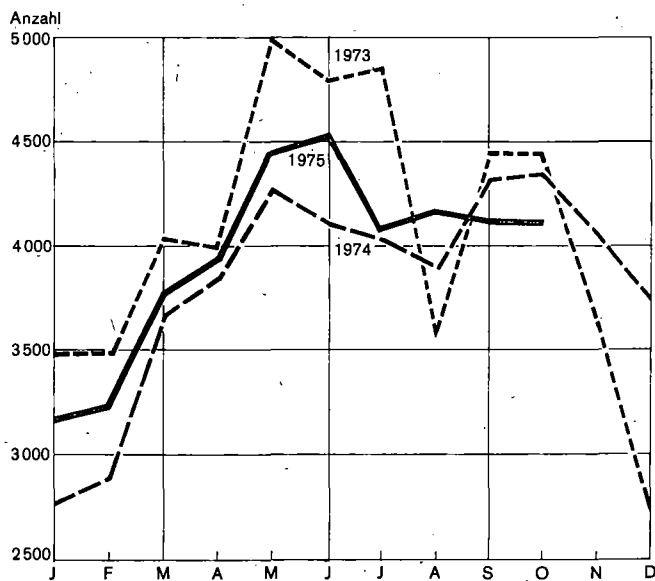
Die Bilanz der Unfälle im Straßenverkehr, die im Jahr 1974 einen deutlich rückläufigen Trend aufwies, hat sich im abgelaufenen Jahr wieder ungünstiger entwickelt. Nach noch vorläufigen Ermittlungen ereigneten sich in den ersten Monaten rund 35 400 und damit 4,6% mehr Unfälle mit Personenschäden. Die Zahl der Verkehrstoten, die häufig als Maßstab für die Beurteilung der Sicherheit im Straßenverkehr herangezogen wird, sank allerdings leicht um 0,8% auf 1 675. Dagegen übertraf die Zahl der Verletzten mit 50 014 den in der Vorjahreszeitspanne registrierten Stand um 4,5%.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Verkehrsunfallentwicklung im Jahr 1974, ausgelöst durch die Energiekrise, von einigen Sondereinflüssen (zeitweilige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km/h, verminderte durchschnittliche Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge, mäßige Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes) geprägt war. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 1973 blieb das Verkehrsunfallgeschehen in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres deutlich unter dem damaligen Niveau: Die Unfälle mit Personenschaden lagen um 6%, die Zahl der Verletzten um über 8% und die der Getöteten sogar um knapp 19% unter den Daten des Jahres 1973.

Die 1975 wieder leicht ansteigende Grundtendenz in der Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle dürfte primär auf die

Schaubild 8

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden



21175

Ausweitung des Verkehrsvolumens zurückzuführen sein. Im ersten Halbjahr erhöhte sich die Zahl der zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge um 2,6%. Noch weitaus stärker dürfte die durchschnittliche Fahrleistung der Kraftfahrzeuge gestiegen sein; ein deutliches Indiz hierfür ist der Verbrauch an Vergaserkraftstoff, der im Bundesgebiet im ersten Halbjahr um 10,5% zunahm. Bei einer detaillierten Betrachtung des Unfallgeschehens gilt jedoch auch zu berücksichtigen, daß die Personenschadensunfälle im Innerortsverkehr auch 1975 einen leicht rückläufigen Trend aufwiesen, während außerhalb geschlossener Ortschaften die außergewöhnlich günstige Unfallbilanz des Jahres 1974 nicht mehr erreicht wurde. Inwieweit dabei ein Zusammenhang mit einer verstärkten Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten besteht, läßt sich aus der Unfallstatistik nicht ersehen.

Tabelle 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1975

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise für Auslandsgüter ¹⁾	Ausfuhrpreise für Auslandsgüter ¹⁾	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise	Preisindex für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾
	Wirtschaftsjahr								
	1970 = 100		1961/62–1962/63 = 100	1962/63 = 100	1970 = 100	1962 = 100	1970 = 100	1962 = 100	1970 = 100
	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	
Januar	+0,5	+10,7	-1,7	-	+10,5	+13,8	+8,2	-	+5,9
Februar	-2,8	+7,9	+0,8	+4,1	+7,6	+11,1	+8,0	+3,0	+5,5
März	-4,0	+6,2	+3,9	-	+6,2	+9,0	+7,6	-	+5,4
April	-3,6	+5,1	+8,5	-	+5,8	+8,2	+7,0	-	+5,6
Mai	-3,3	+4,4	+10,2	+5,5	+4,9	+5,6	+6,7	+0,6	+5,6
Juni	-3,2	+3,3	+13,1	-	+4,7	+5,9	+6,6	-	+6,1
Juli	-2,6	+2,2	+17,7 ³⁾	-	+3,6	+5,8	+6,4	-	+5,9
August	-1,7	+1,8	+20,0 ³⁾	+6,4	+3,9	+5,3	+5,9	+0,2	+5,6
September ..	-1,2 ⁴⁾	+1,5 ⁴⁾	+17,9 ⁴⁾	-	+3,3	+5,5	+5,7	-	+5,8
Oktober	-	-	-	-	+2,4	+5,2	+5,1	-	+5,5
November ..	-	-	-	-	-	-	+4,5	+0,8	+5,5
									+5,2

¹⁾ Ohne MWSt. – ²⁾ An neuen Wohngebäuden einschließlich MWSt. – ³⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. – ⁴⁾ Vorläufige Werte.

Abgeschwächter Preisauftrieb

Die beträchtlichen Preisauftriebstendenzen, die 1974 auf nahezu allen Handelsstufen zu verzeichnen waren, schwächten sich 1975 in den meisten Teilbereichen erheblich ab. Wesentliche Impulse zur Verlangsamung des Preisanstiegs gingen von den Weltmärkten aus, die im Vorjahr infolge einer hausartigen Steigerung der Rohstoffpreise noch entscheidend zur Beschleunigung des Preisauftriebs beigetragen hatten. Durch die Auswirkungen der weltweiten Rezession sank jedoch 1975 das Preisniveau für Auslandsgüter unter den Vorjahresstand, im September lagen die Einfuhrpreise 1,2% unter dem Vorjahr.

Die Verbilligung der eingeführten Waren trug wesentlich mit dazu bei, daß der Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise erheblich abgebremst wurde. Im Jahr 1974 hatte der Anstieg der Erzeugerpreise noch bei 13,4% gelegen. Im Januar 1975 betrug der Vorjahresabstand nur noch 10,5% und verringerte sich bis September 1975 kontinuierlich auf 3,3%. Unter dem Einfluß sinkender Preissteigerungsraten bei der Erzeugung industrieller Produkte und des verschärften Preiswettbewerbs verlangsamte sich auch der Preisanstieg auf der Handelsstufe. So war im Januar 1975 für die Großhandelsverkaufspreise noch eine Teuerungsrate von 13,8% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, die sich bis September 1975 auf 5,5% ermäßigte. Analog verlief die Entwicklung der Einzelhandelspreise, auch hier verringerte sich der Abstand zum Vorjahr von 8,2% (Januar 1975) auf 5,7% (September 1975).

Wesentlich geringer hingegen flachte der Anstieg der Lebenshaltungskosten ab. Die Zuwachsrate dürfte für Baden-Württemberg im Jahresmittel bei 5,8% (Mittlere Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte) liegen gegenüber 6,4% im Vorjahr, so daß die voraussichtliche Auftriebsrate des Bundes wiederum nicht ganz erreicht wird. Maßgebend für den relativ mäßigen Anstieg der Lebenshaltungskosten war, was die ersten drei Quartale betrifft, die Preisentwicklung in den Bereichen „Persönliche Ausstattung“ (+3,3%), „Kleidung, Schuhe“ (4,6%) und „Nahrungs- und Genußmittel“ (5,1%). Überdurchschnittliche Preisanhebungen waren hingegen für die Sektoren „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (+6,8%) und insbesondere „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ (+12,8) zu verzeichnen.

Praktisch zum Stillstand kamen die Preisauftriebstendenzen auf dem Bausektor, im August lag der Preisindex für Wohn-

gebäude (Bauleistungen am Gebäude) nur 0,2% über dem Vorjahreswert. In diesen Ergebnissen spiegelt sich die unbefriedigende Auftragslage der Bauwirtschaft wider, die es kaum mehr zulässt, Kostenerhöhungen an die Auftraggeber weiterzugeben.

Wesentlich verbessert hat sich hingegen die Erlös-Kosten-Relation im Bereich der Landwirtschaft. Der für das Bundesgebiet errechnete Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte zeigte im Berichtsjahr eine steil nach oben gerichtete Entwicklung und lag im August 20,0% über dem Vorjahr. Dieser deutlichen Verbesserung auf der Einnahmenseite steht eine vergleichsweise mäßige Kostensteigerung gegenüber, die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel zeigten im August eine Jahresveränderung von 6,4%.

Rückgang der Reallöhne

Die Löhne und Gehälter erhöhten sich 1975 im Vergleich zum Rezessionsjahr 1967 relativ stark. Von Juli 1974 bis Juli 1975 stiegen die Stundenverdienste der Arbeiter (Männer und Frauen) in der Industrie um 8,0% gegenüber 11,3% im Vorjahreszeitraum. Mitte des Jahres betrug damit der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Industriearbeiter 10,53 DM (Vorjahr: 9,79 DM), während die weiblichen Beschäftigten durchschnittlich nur 7,93 DM je Stunde (Vorjahr: 7,31 DM) verdienten.

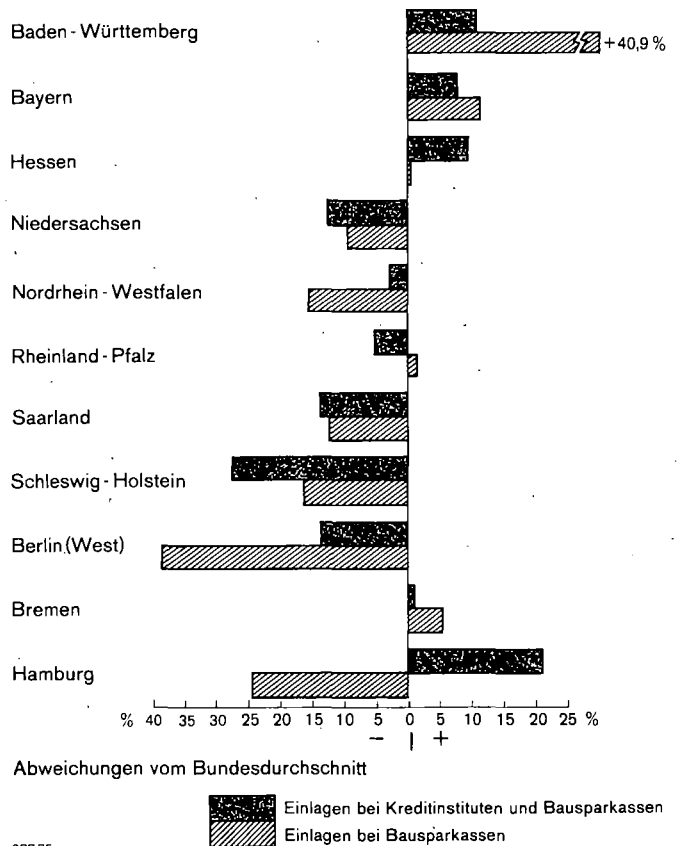
Durch Abbau von Überstunden und Einführung von Kurzarbeit verringerte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Bereich der Industrie binnen Jahresfrist um 1,3 Stunden. Aufgrund der verminderten Wochenarbeitszeit stiegen die Bruttowochenverdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen von Juli 1974 bis Juli 1975 lediglich um 4,6%.

Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist jedoch nicht diese nominelle Steigerung der Wochenverdienste entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil des Einkommenszuwachses auf. Zum Nachweis der Entwicklung der realen Kaufkraft dient vielmehr der Reallohnindex, das heißt, der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Dieser in *Schaubild 9* dargestellte Maßstab für die Entwicklung der Brutto-Realeinkommen war schon von Mitte 1973 bis Mitte 1974 nur noch um 2,2% gestiegen. In der Folgezeit bis Juli 1975 sank er um 2,1%. Berücksichtigt man zusätzlich die Erhöhung der Sozialabgaben, so wird deutlich, daß 1975 trotz der Entlastungen durch die Steuerreform bestenfalls eine höchst bescheidene Verbesserung des Lebensstandards der Industriearbeiter erreicht wurde.

Von der Rezession wesentlich schwächer betroffen waren die Angestellten. In der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) lagen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der

Schaubild 10

Spareinlagen je Einwohner Anfang 1975



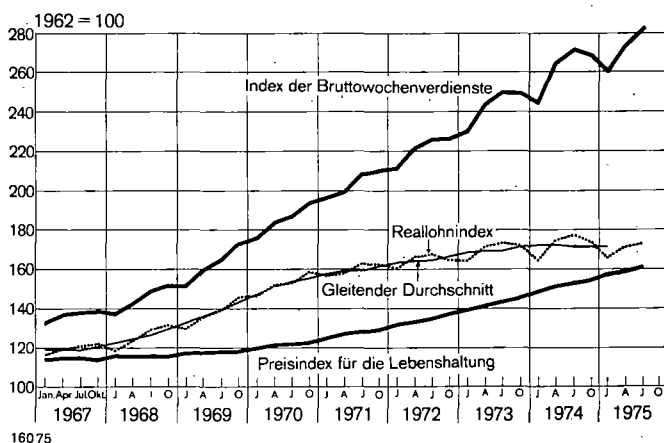
männlichen kaufmännischen und technischen Angestellten im Juli 1975 bei 2553 DM, was einer Jahresveränderung um 6,8% entspricht. Noch stärker (+ 8,6%) verbesserten sich die Verdienste ihrer Kolleginnen, die zur Jahresmitte durchschnittliche Monatsgehälter von 1641 DM bezogen. Etwa im gleichen Ausmaß wie in der Industrie wurden die Verdienste im Bereich „Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ heraufgesetzt. Für die männlichen Angestellten errechnet sich eine Steigerung um 5,8% auf 2236 DM, für die Frauen sogar eine Zunahme um 9,2% auf 1520 DM.

Anhaltender Sparboom

Angesichts der unsicherer werdenden Wirtschaftslage setzte sich etwa ab Herbst 1974 ein starker Sparwille durch, der im Jahr 1975 in verstärktem Umfang anhielt. Obwohl die privaten Haushalte aufgrund der Tarifierhöhungen und der Steuer- und Kindergeldreform über einen nicht unerheblichen Kaufkraftzuwachs verfügten, hielten sie sich beim Verbrauch zurück. Viele Haushalte hatten eine Scheu vor größeren Ausgaben, die Anschaffung langlebiger Konsumgüter wurde häufig zurückgestellt, um keine längerfristigen Verbindlichkeiten einzugehen. Die fehlende Sicherheit, das heutige Einkommen auch künftig beziehen zu können, schlug sich in einer höheren Sparbereitschaft nieder. Obwohl die gebotene Verzinsung die durch die Inflationsrate entstehenden Kaufkraftverluste nicht auszugleichen vermochte, erhöhten sich die bei Kreditinstituten gehaltenen Sparguthaben beträchtlich. Ende des dritten Quartals erreichte der Bestand an Spareinlagen die Rekordhöhe von 51,4 Mrd. DM und lag damit 21,2% (9,0 Mrd. DM) über dem Vorjahresstand. Noch stärker stieg der Absatz festverzinslicher Wertpapiere (Pfandbriefe, Industrie- und Kommunalobligationen, sonstige

Schaubild 9

Entwicklung der Reallöhne seit Januar 1967



Bankschuldverschreibungen, Anleihen der öffentlichen Hand). Von den in Baden-Württemberg ansässigen Emittenten waren Ende September 1975 Wertpapiere in Höhe von 25,8 Mrd. DM in Umlauf, was einer Erhöhung um 21,9% binnen Jahresfrist entspricht. Dieser Rekord-Zuwachs ging allerdings teilweise auf die Umschichtung von Termingeldern zurück. Durch die drastische Herabsetzung der Termingeldzinsen sahen sich viele Sparer veranlaßt, in andere Anlageformen überzuwechseln. Der dadurch ausgelöste Abbau der längerfristig angelegten Termingelder ließ die Einlagen bis Ende des dritten Quartals auf 27,8 Mrd. DM zusammenschmelzen (- 4,8%). Ungebrochener Beliebtheit erfreute sich nach wie vor die Anlageform des Bausparens, wobei allerdings die Entwicklung der Sparguthaben die in den ersten neun Monaten übliche verhaltene Tendenz aufwies. Immerhin erhöhte sich der Einlagenbestand bei den in Baden-Württemberg ansässigen Instituten bis Ende des dritten Quartals auf 33,0 Mrd. DM, was einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresstand um 7,5% bedeutet.

Weiche Verbreitung und besondere Bedeutung der Bauspargedanke in Baden-Württemberg traditionell immer noch hat, zeigt ein Vergleich mit anderen Bundesländern. Mit einem Pro-Kopf-Guthaben von 1541 DM (Bundesdurchschnitt 1094 DM) standen die Einwohner Baden-Württembergs im Bausparen auch Anfang 1975 weit an der Spitze. Beim Kontensparen hingegen rangierte Baden-Württemberg mit 4986 DM je Kopf der Bevölkerung nach Hamburg (6276 DM), Hessen (5331 DM) und Bayern (5098 DM) an vierter Stelle. Faßt man beide Sparformen zusammen, so weisen die Landesbewohner mit 6527 DM nach Hamburg (7101 DM) die höchste Sparleistung je Einwohner auf.

Umweltschutz: Nach wie vor hohe Priorität

Auch im Jahr 1975 wurde der Umweltpolitik von staatlichen und kommunalen Stellen hohe Priorität eingeräumt. Die Landesregierung machte deutlich, daß trotz der Rezession und der damit einhergehenden Verschlechterung der Haushaltslage Belangen des Umweltschutzes nach wie vor ein hoher Stellenwert im Spektrum der Staatsaufgaben beigemessen wird und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gleichrangig mit anderen wichtigen Zielen wie beispielsweise der Sicherung der Arbeitsplätze oder der Wahrung der inneren Sicherheit verfolgt wird.

Bekanntlich stellt der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen eine Querschnittsaufgabe dar, die, integriert in die einzelnen politischen Teilbereiche, ganz wesentlich durch vorausschauende Koordinierung und Planung aller Vorhaben unter dem Maßstab des Umweltschutzes wahrzunehmen ist. Inwieweit diese Grundsätze 1975 in die Tat umgesetzt wurden, läßt sich bei der Fülle der getroffenen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen nur an Hand ausgewählter Beispiele aufzeigen.

Unter den gesetzgeberischen Maßnahmen ragt sicher die Verabschiedung des Landesnaturschutzgesetzes heraus, das die Erhaltung der Natur und der Landschaft zum festen Bestandteil aller raumordnerischen Maßnahmen erklärt und die Regionalverbände als einheitlichen Träger der Regional- und der Landschaftsrahmenpläne vorsieht. Zur Erhaltung der Erholungsfunktion des Waldes wurde vom Kabinett der Entwurf eines Landeswaldgesetzes verabschiedet, das die Rodung und Wiederaufforstung regelt. Verabschiedet wurde schließlich auch ein neues Landesabfallgesetz, das den Stadt- und Landkreisen über ihre bisherige Zuständigkeit für das Beseitigen der Abfälle hinaus jetzt auch die Verantwortung für das Einsammeln und Befördern überträgt. Allerdings sollen in den Landkreisen die Gemeinden weitgehend in dieses Geschäft der Entsorgung eingeschaltet bleiben. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen werden als Ordnungswidrigkeiten geahndet. Besondere Bedeutung wird in dem neuen Gesetz der geordneten Wiederverwendung von Abfällen beigemessen. Auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung wurden die mit dem

Teilplan Hausmüll des Abfallbeseitigungsplanes der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen zügig realisiert. Nach ersten Ergebnissen einer Vorwergerhebung der durch Bundesgesetz angeordneten Umweltstatistiken waren in Baden-Württemberg Anfang 1975 nur noch 754 Deponien in Betrieb. Das bedeutet, daß in den zurückliegenden drei Jahren in Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen des Landes, der Kreise und der Gemeinden mehr als 3000 Müllkippen geschlossen und zum Teil (30%) schon rekultiviert worden sind. Als Zielvorstellung werden im Teilplan Hausmüll rund 80 technologisch moderne und wirtschaftliche Großanlagen genannt. Die darüber hinaus gegenwärtig noch betriebenen Deponien werden einstweilen noch als Übergangslösungen zu dienen habens ist laufend mit weiteren Stilllegungen ungeeigneter Deponien zu rechnen. Allerdings werden die Bemühungen der für die Müllbeseitigung verantwortlichen Landkreise um geeignete Standorte für Großdeponien durch örtliche Widerstände erschwert. Hinzu kommen die hohen Investitionskosten für umweltgerechte Anlagen, die für die nächsten zehn Jahre auf rund 800 Mill. DM veranschlagt werden.

Sorgen bereitet gegenwärtig noch die Beseitigung industrieller Sonderabfälle, von denen jährlich über 500 000 Tonnen anfallen. Solche Müllmengen, die nicht in den natürlichen Stoffkreislauf zurückgegeben werden können, sind lückenlos zu erfassen und ordnungsgemäß zu beseitigen. Zu diesem Zwecke wurde vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt der Teilplan Industrielle Sonderabfälle erarbeitet, der, bei einem Kostenaufwand von 90. Mill. DM die Einrichtung zweier Sonderabfalldeponien einer Verbrennungsanlage für industrielle Sonderabfälle in Verbindung mit Vorbehandlungsanlagen und Sammelstellen vorsieht.

Der eindeutige Schwerpunkt der Umweltschutzmaßnahmen der Landesregierung ist jedoch die Reinhaltung des Wassers. Wie im Mittelfristigen Umweltschutzprogramm angekündigt, wurde 1975 erstmals eine abwassertechnische Zielplanung vorgelegt, die auf das Jahr 1990 ausgerichtet ist. Diese Bilanz über Bestand, Kapazität und Bedarf an Kläranlagen richtet sich an die öffentlichen Träger der Abwasserbeseitigung (Städte und Gemeinden) und vermittelt folgendes Bild:

Bestand/Bedarf	Klärkapazität
Bestand bis Mitte 1976 (In Betrieb und im Bau)	13,4 Mill. EGW ¹⁾
Bedarf im Zieljahr 1990	18,8 Mill. EGW ¹⁾
Ausbaubedarf	05,4 Mill. EGW ¹⁾

¹⁾ EGW (Einwohnergleichwert): Maßzahl für Menge und Schmutzgehalt eines industriellen oder gewerblichen Abwassers, abgeleitet aus dem Vergleich mit den Normalwerten häuslicher Abwässer.

Der zur Errichtung der zusätzlichen Klärkapazität erforderliche Investitionsaufwand wird auf 5,18 Mrd. DM geschätzt und ist in einem Zeitraum von zehn Jahren aufzubringen. Daraus resultieren jährliche finanzielle Belastungen, deren Größenordnung etwa dem Bauvolumen zur Abwasserbeseitigung entspricht (500 Mill. DM), das 1975 im Rahmen des Förderungsprogrammes des Landes abgewickelt wurde.

Hohe Steuerausfälle, sprunghaft steigender Kreditbedarf

Bereits bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne sahen sich das Land und die Gemeinden (Gv) mit einer finanzwirtschaftlichen Lage konfrontiert, die durch erhebliche Unsicherheiten gekennzeichnet war. Erschwert wurden alle Planungen durch die rezessive Entwicklung, die schon bei den Etatberatungen durch verlangsamtes Wachstum der Steuereinnahmen in Ansätzen erkennbar war. Nicht voll abschätzbar waren auch die finanziellen Auswirkungen der am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Steuerreform, die für das Land und die Gemeinden nicht nur Steuerausfälle, sondern auch Mehrbelastungen brachte. Ein weiteres Unsicherheitsmoment stellte die anstehende Neuver-

teilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern dar⁵. Im kommunalen Bereich hingegen war die Finanzplanung zusätzlich dadurch erschwert, daß sich zu erwartende Steuerausfälle des Landes zwangsläufig auch auf die Höhe der kommunalen Finanzausgleichsmasse auswirken mußten.

Der vom Landtag verabschiedete Doppelhaushalt für die Jahre 1975 und 1976 sah für 1975 ein Ausgabevolumen von 20,59 Mrd. DM vor, was einer Steigerung gegenüber den Planansätzen des Vorjahres (einschl. Nachtrag) um 10,7% entspricht. Zusammen mit dem Kernhaushalt wurde vorsorglich ein Eventualhaushalt mit Gesamtausgaben in Höhe von 319,7 Mill. DM verabschiedet, um im Falle einer Freigabe der Konjunkturausgleichsrücklage kurzfristig Investitionsmaßnahmen zur Konjunkturbelebung durchführen zu können. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sahen nach zum Teil geschätzten Ergebnissen Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge in Höhe von rund 16,1 Mrd. DM vor; das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (einschl. Nachträge) um 8,1%.

Maßgeblich für die Situation der öffentlichen Haushalte ist die Entwicklung der (fast stets zwangsläufigen) laufenden Ausgaben und der damit verbleibende Spielraum für investive Vorhaben. Nach den ursprünglichen Planansätzen sollen die Ausgaben der laufenden Rechnung beim Land um 10,0% und bei den Gemeinden sogar um 17,4% über dem Vorjahr liegen. Ausschlaggebend für diese Ausweitung ist der Anstieg der Perso-

⁵ Um mögliche Belastungsverschiebungen zwischen den Gebietskörperschaften durch die geplante Steuerreform neutralisieren zu können, war zwischen Bund und Ländern eine Revision der Umsatzsteuerverteilung vereinbart worden. Während jedoch der Bund eine Erhöhung seines Anteils für 1975 um 9,5 Punkte forderte, hielten die Länder nur eine Erhöhung um 2,4 Punkte für gerechtfertigt.

Tabelle 13
Kassenmäßige Steuereinnahmen

Steuerart/Einnahmeart	Januar bis September		Veränderung in %
	1975	1974	
	Mill. DM		
Aufkommen vor der Steuerverteilung			
Gemeinschaftliche Steuern ¹⁾	19 551,6	19 314,5	+ 1,2
Steuern vom Einkommen ²⁾	13 474,1	13 542,1	- 0,5
Lohnsteuer	8 002,9	8 178,1	- 2,1
Veranlagte Einkommensteuer	3 271,9	3 343,9	- 2,2
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	257,2	368,4	- 30,2
Körperschaftsteuer	1 942,1	1 651,7	+ 17,6
Steuern vom Umsatz	6 077,5	5 772,4	+ 5,3
Umsatzsteuer ³⁾	4 472,8	4 084,1	+ 9,5
Einfuhrumsatzsteuer	1 604,7	1 688,3	- 5,0
Bundessteuern	2 076,1	2 418,1	- 14,1
Landesteuern	1 414,4	1 338,7	+ 5,7
darunter			
Kraftfahrzeugsteuer	640,6	622,0	+ 3,0
Gemeindesteuern ⁴⁾	1 977,3	1 992,6	- 0,8
darunter			
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 614,1	1 623,5	- 0,6
Lohnsummensteuer (einzig Stadtkreis Mannheim)	22,9	19,5	+ 17,0
Einnahmen nach der Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften			
Bundeseinnahmen	12 480,2	12 343,9	+ 1,1
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	5 947,8	5 964,5	- 0,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	4 147,9	3 636,6	+ 14,1
Anteil an der Gewerbesteuer-Umlage	308,4	324,7	- 5,0
Landeseinnahmen	9 067,8	9 401,9	- 3,6
darunter			
Anteil an den Steuern vom Einkommen	5 634,8	5 704,2	- 1,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁵⁾	1 710,2	2 034,3	- 15,9
Anteil an der Gewerbesteuer-Umlage	308,4	324,7	- 5,0
Einnahmen der Gemeinden (Gv) ⁴⁾	2 348,4	2 260,6	+ 3,9
darunter			
Gemeindeanteil an der LSt und veranlagte Einkommensteuer	690,1	613,7	+ 12,4

¹⁾ Gem. Art. 106 GG. – ²⁾ 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus den Stabilitätzuschlägen. – ³⁾ 1974 ohne Investitionsteuer; 1975 einschließlich auslaufender Einnahmen aus der Investitionsteuer. – ⁴⁾ 1. Halbjahr 1974 und 1975. – ⁵⁾ Nach Berücksichtigung des USt-Ausgleichs unter den Ländern unter Zugrundelegung des neu geltenden Umsatzsteueranteils von 31,75%.

nalausgaben, die beim Land nunmehr 42,2% und bei den Gemeinden 22,8% des Haushaltsvolumens ausmachen. Demgegenüber konnten die öffentlichen Haushalte ihre Ausgaben der Kapitalrechnung, also vor allem ihre Sach- und Finanzinvestitionen, nur noch geringfügig erhöhen: Die Planansätze der Gemeinden blieben sogar 3,1% unter dem Vorjahr, während das Land einen Zuwachs von 4,6% veranschlagte.

Die seit der Aufstellung der Haushaltspläne eingetretene finanzwirtschaftliche Entwicklung war dadurch gekennzeichnet, daß die erwarteten Steuereingänge bei weitem nicht erreicht wurden. Steuerausfälle ergaben sich einerseits aus der rückwirkenden Neuverteilung der Umsatzsteuer⁶, andererseits durch die unerwartet starke konjunkturelle Abschwächung. Bei der Aufstellung des Etats des Landes war noch von einem Steuerzuwachs von 7,5% ausgegangen worden. Das tatsächliche Steueraufkommen lag in den ersten neun Monaten 3,6% unter dem Vorjahr. Maßgeblichen Anteil an diesem schwachen Ergebnis hatte das durch Steuerreform und schwache Arbeitsmarktlage geschmälerste Lohnsteueraufkommen (- 2,1%) sowie die erwähnte Umsatzsteuer-Neuverteilung (Tabelle 13).

Um die Haushaltslücke, die sich aufgrund der verminderten Steuereingänge schon frühzeitig abzeichnete, zu schließen, wurde Anfang November der Entwurf eines Nachtragshaushaltes in den Landtag eingebracht, der die Mindereinnahmen gegenüber dem Uretat auf 1,52 Mrd. DM veranschlagt. Da aus konjunkturpolitischen Gründen das ursprünglich angesetzte Etatvolumen ohne große Abstriche vollzogen werden soll, wird zur Schließung der Finanzierungslücke eine Erhöhung der Kreditaufnahmen von ursprünglich 1808,1 auf 2967,1 Mill. DM angesetzt.

Einschneidende Änderungen gegenüber den ursprünglichen Etatsansätzen ergaben sich auch beim Vollzug des Eventualhaushaltes. Durch das von der Bundesregierung am 27. 8. 75 beschlossene *Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen* wurden dem Land Bundesmittel in Höhe von 167,3 Mill. DM zur Verfügung gestellt, so daß der Eventualhaushalt nach Freigabe der Mittel aus der Konjunkturausgleichsrücklage im Wege eines Nachtrags von 319,7 Mill. DM auf 487,0 Mill. DM aufgestockt werden konnte. Von den Bundesmitteln entfallen 65,1 Mill. DM auf die Förderung der kommunalen Infrastruktur, 33,5 Mill. DM werden zur Städte-sanierung und 47,3 Mill. DM zur Wohnungsmodernisierung verwandt, weitere 21,5 Mill. DM sind als Zwischenfinanzierungshilfen für Bausparverträge vorgesehen. Die vom Land in gleicher Höhe aufzubringenden Komplementärmittel werden durch Umschichtungen im bisherigen Eventualhaushalt bereitgestellt. Für landesspezifische Investitionsmaßnahmen verbleiben nach Abzug der Komplementärmittel noch 152,4 Mill. DM die vor allem in den Staatlichen Hochbau (75 Mill. DM) und in den Landesstraßenbau (50 Mill. DM) fließen.

Während der Landeshaushalt 1975 noch wie erwähnt ohne größere Abstriche vollzogen und die sich ergebende Finanzierungslücke durch Aufstockung der Kreditaufnahmen abgedeckt wurde, ist für 1976 eine Neuorientierung der Haushaltspolitik unerläßlich. Nach Ausführungen des Finanzministers muß das Land für 1976 – gemessen am verabschiedeten Haushalt – mit einem weiteren Steuerausfall in Höhe von 1,5 Mrd. DM rechnen. Eine Finanzierungslücke dieses Ausmaßes kann nicht durch Erhöhung der Kreditaufnahmen geschlossen werden, weil dadurch die Ausgaben für den Schuldendienst in den kommenden Jahren so hoch anwachsen würden, daß kein Spielraum für landespolitisch wichtige Aufgaben, insbesondere für Investitionsprogramme, verbleiben würde. Die Landesregierung bereitet sich deshalb darauf vor, den Haushalt 1976 durch Sparmaßnahmen in Höhe von rund einer Milliarde DM zu entlasten. Zur Erarbeitung von Kürzungsvorschlägen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Ergebnisse ihrer Beratungen in Kürze vorlegen soll.

⁶ Durch Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 11. Juli 1975 wurde der Umsatzsteueranteil der Länder rückwirkend ab 1. Januar 1975 von 38,0% auf 31,75% festgelegt.

Ausblick auf 1976

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung haben sich mit dem verstärkten Geburtenrückgang Entwicklungen abgezeichnet, die auch für die nächste Zeit bestimmend zu sein scheinen. Eine Veränderung der Bevölkerungszahl wird deshalb auch 1976 in starkem Maße von der Wanderungskomponente abhängen, wobei aufgrund der konjunkturellen Situation und des Anwerbeverbots von ausländischen Arbeitskräften zumindest für die erste Jahreshälfte mit einer weiteren Verminderung des Ausländerbestandes und der Gesamtbevölkerung gerechnet werden kann.

Im Bildungssektor dürfte die Schülerzahl der Grundschulen aufgrund des Nachrückens geburtschwächerer Jahrgänge weiter zurückgehen und damit in der durchschnittlichen Klassenfrequenz und in der Schüler-Lehrer-Relation leichte Verbesserungen eintreten. Beim Übergangsverhalten auf weiterführende allgemeinbildende Schulen hat sich mit der stärkeren Bevorzugung der Realschulen und damit der Mittleren Bildungsabschlüsse eine Entwicklung angebahnt, die für die Zukunft von weitreichender Bedeutung sein und auf längere Sicht unter anderem zu einer Entlastung der Hochschulen führen kann. Für den Zugang zu den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen ist inzwischen die Stärke des Abiturientenjahrganges und die Studienwilligkeit nur von untergeordneter Bedeutung, da die Zulassung zu den wichtigsten Fachbereichen durch den Numerus clausus reguliert wird. Von daher gesehen kann – nicht zuletzt durch Umlenkung anderer Studienbewerber – lediglich für die Fach- und Kunsthochschulen ein stärkerer Anstieg der Studentenzahl erwartet

werden. Im Bereich des beruflichen Schulwesens dürfte hingegen aufgrund der Knappheit an angebotenen Lehrstellen der Trend zum Besuch der Berufsfachschulen, die als Vollzeitschulen eine Alternative zum unmittelbaren Eintritt ins Berufsleben darstellen, trotz Rückgangs der Abgänger von allgemeinbildenden Schulen, weiter anhalten.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung rechtfertigt wohl die Feststellung, daß zwar die Produktionstätigkeit bislang noch keine Anzeichen einer deutlichen Wiederbelebung aufweist, jedoch nunmehr eine Stabilisierung der Nachfrage eingetreten ist. Vor allem bei den Exporten scheint die rückläufige Tendenz des ersten Halbjahres zum Stillstand gekommen und eine neue Aufwärtsentwicklung eingeleitet zu sein, und auch von den unternehmerischen Erwartungen her gesehen ist das Klima für einen neuen Konjunkturaufschwung günstig. Bislang noch kaum abschätzen läßt sich der genaue Zeitpunkt für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität und die Kraft, mit welcher der zu erwartende Aufschwung an Boden gewinnt. Etwas düsterer sind hingegen die Aussichten für die kurzfristige Entwicklung der Beschäftigungslage zu beurteilen, da nach bisherigen Erfahrungen nach erfolgtem Wiederanstieg der Auftragseingänge rund sechs Monate vergehen, bis die Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Stillstand kommt. Von daher ist zu befürchten, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erst im Frühjahr 1976 erreicht wird, zumal eine etwaige Ausweitung des Produktionsvolumens zunächst durch Abbau der außergewöhnlich hohen Kurzarbeit erreicht werden kann.

Dr. Gerhard Kah

Daten zur Situation der Frau

Es liegt nahe, im Internationalen Jahr der Frau die Situation von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen auch aus datenorientierter Sicht zu beleuchten und zu analysieren. Allerdings vermag ein derartiger Versuch kaum ein geschlossenes Bild über die Lage und Bedeutung der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft zu vermitteln, zumal viele, ihr Leben entscheidend beeinflussende Faktoren (Motivationen, Einstellungen, Orientierung an Leitbildern, Zielvorstellungen usw.) nicht oder nur unzulänglich statistisch erfaßt sind. Eine Interpretation ist daher lediglich in dem so eingeschränkten Rahmen möglich.

Divergierende Rollenerwartungen

Die heutige Situation der Frau ist gekennzeichnet durch mehrere Bestimmungsfaktoren: Den Frauenüberschuß in gewissen Altersgruppen, die höhere weibliche Lebenserwartung, die Zunahme der Heiratsquote und gleichzeitige Vorverlegung des Heiratsalters, die Verringerung der Familiengröße und nicht zuletzt durch ein sich wandelndes Verständnis vom weiblichen Rollenverhalten. Zwar gilt längst nicht mehr die tradierte Auffassung: die Frau gehöre ins Haus, wohl aber: die Mutter gehöre zu ihren Kindern. Diese Rollenerwartung kollidiert mit einem anderen Leitbild, das einer progressiven Richtung entspringt: dem Beruf als ständigen Begleiter im Leben einer Frau. Nicht mehr die Doppelrolle mit gleichgewichtigen Funktionen in Familie und Beruf sei anzustreben, sondern volle berufliche Integration und die damit verbundene äußerste Einschränkung häuslichen und familiären Engagements. Erst so könne sich die

Frau emanzipieren, das heißt ökonomische Unabhängigkeit und eigenen gesellschaftlichen Status erwerben sowie ihre Persönlichkeit voll entfalten.

Insofern bewegen sich Frauen heute in einem mittleren Feld zwischen gegensätzlichen Erwartungshaltungen. Die Folge solcher widerstreitender Leitbilder ist eine häufig anzutreffende Unsicherheit beim Durchsetzen eigener Vorstellungen bzw. der Gestaltung des Lebensweges gemäß persönlichen Anlagen und Fähigkeiten. Ein derartiges „Zwischenstadium“ charakterisieren auch die Zahlen, die im Rahmen dieser Untersuchung zusammengetragen wurden.

Rund eine halbe Million mehr Frauen als Männer

Anfang 1975 errechnete sich bei der deutschen Bevölkerung Baden-Württembergs ein Frauenüberschuß von rund 500 000 Personen. Diese Überzahl an Frauen ist keinesfalls naturgegeben, denn bis in die Mitte der 40er Lebensjahre sind aufgrund des natürlichen Geschlechterverhältnisses mehr Männer als Frauen vertreten. Vor allem zeichnen die einschneidenden Ereignisse zweier Weltkriege und deren Folgeerscheinungen sowie die generell höhere Lebenserwartung von Frauen – nach der Sterbetafel 1970/72 werden Frauen durchschnittlich sechs Jahre älter als Männer – für diesen Gesamtproporz verantwortlich.

Sobald man die ausländische Bevölkerung in die Betrachtung mit einbezieht, verschiebt sich die Geschlechterrelation zu Lasten der weiblichen Bevölkerung. Trotz des in den letzten